

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

September 2017

E+Z

D+C

MIKROFINANZWESEN

Was Anbieter
von Kleinkrediten
beachten müssen

CROWDFUNDING

Neue Finanzierungs-
chancen für kleine und
mittlere Unternehmen

MÜTTERSTERBLICHKEIT

Gesundheits-NGO
leistet vorbildliche
Arbeit in Bangladesch



Klimaschutz eilt

Monitor

Zur Umsetzung globaler Aufgaben müssen Entwicklungsländer Steuergelder eintreiben | Friedensförderung bedeutet auch, Ausgrenzung abzubauen | Studie zum Thema Wasser: Staaten brauchen Finanzmittel, um Trinkwasser- und Sanitärversorgung zu gewährleisten | Zahl der weltweit Vertriebenen erreicht neue Rekordwerte | Heutzutage: Libyen fördert privates Unternehmertum und kleine Start-ups | Impressum **4**

Debatte

Wahl-Special: Die im deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen von CDU/CSU, SPD, Linken und Grünen stellen ihre entwicklungspolitischen Konzepte für die nächste Legislaturperiode vor **11**

Tribüne

OLIVER SCHMIDT

Ob Mikrokredite zu Erfolg oder Misserfolg führen, entscheiden komplexe Faktoren **16**

ROLF DRESCHER

Crowdfunding kann für kleine und mittlere Unternehmen ein innovatives Finanzierungsinstrument sein **18**

MANZUR KADIR AHMED

Eine zivilgesellschaftliche Organisation in Bangladesch hat große Erfolge bei der Senkung der Müttersterblichkeit **22**

Schwerpunkt: Klimaschutz eilt

GEBRU JEMBER ENDALEW

Die am wenigsten entwickelten Länder fordern Regeln zur Implementierung des Paris-Abkommens **25**

ANTHONY NYONG

Afrika steht Unterstützung durch Geberregierungen zu **27**

NELE BÜNNER UND TILL BELOW

Senegal und Benin setzen nationale Klimaschutzbeiträge mit Unterstützung der GIZ um **29**

INTERVIEW MIT SALEEMUL HUQ

Hochschulen sind die Zentren des Capacity-Developments, um Klimaschutz und Klimaanpassung voranzubringen **32**

INTERVIEW MIT JENNIFER MORGAN

Wie verhindert werden kann, dass Donald Trump dem Klima langfristig schadet **35**

THOMAS LOSTER

Zwei Jahre nach dem Pariser Klimaabkommen müssen die Länder ihre Ziele nun konkret umsetzen **37**

SHEILA MYSOREKAR

In mehreren asiatischen Ländern droht Wassermangel, weil die Gletscher im Himalaya schmelzen **39**

SCHWERPUNKT

Klimaschutz eilt

Klimaschutz wirklich umsetzen

Der diplomatische Erfolg beim Klimaabkommen in Paris sollte nicht für bevorstehende Aufgaben blind machen, warnt Gebru Jember Endalew, Vorsitzender der Least Developed Countries Group im UNFCCC-Prozess. Afrika muss dafür Unterstützung bekommen. Die Geberregierungen müssen die von 2020 an versprochenen jährlich mindestens 100 Milliarden Dollar fließen lassen, fordert Anthony Nyong, Direktor für Klimawandel der Afrikanischen Entwicklungsbank. **SEITE 25, 27**

Politische Antworten gesucht

Auch die Least Developed Countries haben nationale Klimaschutzbeiträge für das Pariser Abkommen aufgestellt. Senegal und Benin bemühen sich, ihre Anpassungsziele umzusetzen. Die GIZ unterstützt sie dabei, wie die Mitarbeiter Nele Bünnner und Till Below berichten. **SEITE 29**

Optimistisch sein, statt zu verzweifeln

Saleemul Huq ist ein Veteran der multilateralen Klimaverhandlungen. Der Wissenschaftler aus Bangladesch konzentriert sich nun darauf, Universitäten aus den Least Developed Countries untereinander zu vernetzen, um Klimaschutz und Klimaanpassung voranzubringen. Aus seiner Sicht sind Hochschulen die Zentren des Capacity-Development, erklärt Huq im Interview. **SEITE 32**

Die Energiewende ist nicht aufzuhalten

Der mächtigste Politiker der Welt, US-Präsident Donald Trump, leugnet den menschengemachten Klimawandel. Jennifer Morgan von Greenpeace International erklärt im Interview, wie verhindert werden kann, dass er langfristig Schaden anrichtet. Ihrer Meinung nach rechnet sich die Investition in Kohle nicht mehr im Gegensatz zu erneuerbaren Energien. **SEITE 35**

Keine Zeit zum Ausruhen

Es gibt viel zu tun bei den kommenden Klimaverhandlungen in Bonn. Die internationale Gemeinschaft darf nicht nur den Willen zum Klimaschutz bekunden, sondern muss auch Strategien und Taten umsetzen, um wirkliche Erfolge zu erzielen, mahnt der Geschäftsführer der Münchener Rück Stiftung Thomas Loster. Wie wichtig das ist, zeigt sich unter anderem im Himalaya-Gebirge. Dort drohen Massen an Eis zu schmelzen, was paradoxerweise das Trinkwasser von Millionen Menschen verknappen wird. **SEITE 37, 39**

Für Erfolg sorgen

Vor 30 Jahren veröffentlichten die UN „Our Common Future“, den Bericht der Brundtland-Kommission. Das Gremium hatte unter der Leitung der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland die Konsequenzen globaler Umweltveränderungen untersucht. Es führte den Begriff nachhaltige Entwicklung ein. Es ging darum, die Bedürfnisse der heutigen Generation zu befriedigen, ohne die Chancen künftiger Generationen zu beeinträchtigen.

Der Paradigmenwechsel kam zunächst schnell voran. Fünf Jahre nach dem Erscheinen des Berichts beschloss der Erdgipfel der UN in Rio de Janeiro die Klimarahmenkonvention über den Klimawandel (UN Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) und andere Umweltabkommen. Weitere fünf Jahre später versprachen dann die Industrienationen im Kyoto-Protokoll, ihre Treibhausgas-Emissionen zu senken. Der Schwung hielt leider nicht an. Die USA ratifizierten das Protokoll nicht, diverse Länder erfüllten ihre Selbstverpflichtungen nicht, und Kanada stieg ganz aus dem Protokoll aus. Derweil wurde der Klimawandel zunehmend geleugnet. Wie der französische Intellektuelle Bruno Latour erläutert, ist die Klimaforschung nicht politisch neutral. Ihre Ergebnisse haben ethische Konsequenzen. Nötig ist der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, denn wenn das Klima nicht geschützt wird, drohen enorme Schäden.

Mächtige Interessengruppen – nicht nur, aber besonders in den USA – mögen diese Botschaft nicht. Sie gingen dazu über, die Wissenschaft zu diskreditieren. Lange bevor Donald Trump Einfluss gewann, arbeiteten Republikaner in den USA bereits mit Fake News. Zugleich behaupteten sie, Klimaschutz sei unbezahlbar. Politische Kräfte, die normalerweise von freien Märkten jedes Wunder erwarten, urteilten, Klimaschutz lähme Volkswirtschaften.

Aus Sicht von Achim Steiner, dem Administrator des UN-Entwicklungsprogramms, hat die Weltgemeinschaft wertvolle Zeit verloren, weil solche ökonomischen Modelle fälschlicherweise fast in den Rang naturwissenschaftlicher Gesetze gehoben wurden. Dafür zahlen wir nun einen hohen Preis. Zu Beginn der Klimapolitik war das Ziel, den Treibhauseffekt zu stoppen. Weil das nicht gelang, müssen wir jetzt nicht nur in Klimaschutz investieren, sondern auch unsere Länder an den unwiderruflich gewordenen Wandel anpassen.

Trotz aller Gegenpropaganda hat sich der Konsens der Klimaforscher weiter erhärtet. Heute geben auch Leugner zu, dass es auf Erden wärmer wird, aber nun säen sie Zweifel über die Ursache. Auch das ist nichts anderes als skrupellose Interessenpolitik zulasten der Allgemeinheit. Denn es steht fest, dass Nichthandeln teuer wird. Was für Wetterschäden zunehmend wahrscheinlicher werden, zeigten im August unter anderem Hurrikan Harvey in Huston, Taifun Hato in Macao, der ungewöhnlich starke Monsun in Mumbai und Erdbeben in Freetown, der Hauptstadt von Sierra Leone. Ein noch schlimmeres Omen ist der Hunger, der wegen Dürre Teile Afrikas plagt. All das ist jedoch harmlos verglichen mit dem, was droht, wenn der Klimawandel globale Kipppunkte erreicht und beispielsweise das Grönlandeis abschmelzen lässt.

Steiner äußert Zuversicht, dass das Pariser Klimaabkommen und die Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) dem nötigen Paradigmenwechsel frischen Schwung gegeben haben. Die Programmatik stimmt jedenfalls. Die aktuelle US-Regierung hat versucht, sie zu unterminieren, es ist ihr aber nicht gelungen. Dass der Paradigmenwechsel gelingt, ist nicht sicher. Wir müssen dafür sorgen.

► Unser Web-Dossier enthält alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge: www.dandc.eu/node/3205.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fs-medien.de

Debatte



Wahl-Special

Im Vorfeld der Bundestagswahl hat die E+Z/D+C-Redaktion die entwicklungspolitischen Sprecher der im Parlament vertretenen Fraktionen gebeten, zu erläutern, welche konzeptionellen Vorstellungen ihre Parteien in der nächsten Legislaturperiode umsetzen wollen. Die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, Linken und Grünen erläutern ihre Positionen.

SEITE 11

Tribüne



Überschuldung durch Mikrokredite?

Laut wissenschaftlichen Wirkungsstudien haben Mikrokredite kaum positive Auswirkungen auf Einkommen oder Konsum der Kreditnehmer. Einer der Gründe ist das Überschuldungsrisiko. Mikrokreditnehmer, die Zugang zu formalen Mikrofinanzinstituten haben, sind aber einem geringeren Überschuldungsrisiko ausgesetzt, wie eine neue Studie belegt. Der freie Finanzberater Oliver Schmidt hat sie und andere Studien analysiert.

SEITE 16

Crowdfunding in Afrika

Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen (KMU) in Afrika fehlt oft der Zugang zu angemessener Finanzierung. Rolf Drescher, Referatsleiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), erörtert in seinem Beitrag die Frage, ob und in welchem Umfang Crowdfunding in Afrika zur Finanzierung von KMU eingesetzt werden kann.

SEITE 18

Steuergeld für Nachhaltigkeit

Die SDGs bieten gute Antworten auf globale Herausforderungen. Um entsprechende Politik zu implementieren, müssen Staaten ausreichend Steuergeld einnehmen.

Von Hans Dembowski

Die Menschheit steht aus Sicht von Joyeeta Gupta von der Universität vor vier großen Umwälzungen:

- Wegen Klimawandels und Artenschwunds muss sich das wirtschaftliche Leben grundlegend ändern.
- Die globale Finanzkrise hat weitreichende sozioökonomische Folgen, die noch nicht vollständig klar sind.

- Frustration und Enttäuschung haben in vielen Ländern autoritärem Populismus einen Aufschwung verschafft, der demokratische Grundlagen in Frage stellt. Menschenverachtende xenophobe Agitation nutzt derweil Angst vor Migration aus.

- Technologische Innovationen – vor allem künstliche Intelligenz und Roboter – werden ungeahnte Folgen auf den Arbeitsmärkten haben und Probleme der sozialen Inklusion verschärfen.

Die große Frage ist, wie diesen Trends zu begegnen ist. Aus Sicht von Achim Steiner, dem Administrator des UN-Entwicklungsprogramms (UN Development Programme – UNDP), bilden die Nachhaltigkeitsentwicklungsziele (Sustainable De-

velopment Goals – SDGs) dafür eine gute multilaterale Agenda. Die UN hätten sie in einem „erstaunlich kohärenten Prozess“ vereinbart. Es sei die erste internationale Entwicklungsagenda, die alle Länder und nicht nur die ärmeren betrifft.

Manche Kritiker bemängeln, die SDGs seien freiwillig. Andere sagen, sie seien nicht genügend fokussiert. Steiner warnt aber davor, die SDGs schlechtzureden. Er betont, sie wichen fundamental von früheren Entwicklungsagenden ab, die bis zu den 1980er Jahren allzu staatszentriert und danach allzu marktzentriert gewesen seien. Anders als der Washington Consensus betonten die SDGs gemeinsamen Erfolg statt Wettbewerb und seien darauf ausgerichtet, „7 bis 10 Millionen zu befähigen, kollektiv und solidarisch zu handeln“, sagt der UNDP-Spitzenmann.

Wenn die SDGs erreicht werden sollen, verdienen Städte besondere Aufmerksamkeit, sagt derweil Susan Parnell von der Universität Kapstadt. Ballungsräume seien nicht nur Orte und Zentren des Wandels, sie böten auch Pfade zum Wandel. Da Städte in Entwicklungsländern schnell wachsen und ein immer größerer Anteil der Weltbevölkerung dort lebt, müssten dort nun nachhaltige Infrastruktur und langfristig angelegte soziale Institutionen entstehen. Sie warnt, falsche Entscheidungen würden nichtnachhaltige Lebensweisen perpetuieren. Nötig seien Lösungen auf internationaler, nationaler und subnationaler Ebene.

HANDLUNGSFÄHIGE STAATEN

Regierungen brauchen Geld, um Politik wirksam umzusetzen. In vielen Entwicklungsländern sind Steuerrecht und Finanzbehörden aber unzureichend. Das zu ändern ist eine globale Aufgabe.

Mick Moore von der University of Sussex zufolge arbeitet die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Cooperation and Development – OECD) seit der globalen Finanzkrise ernsthaft an einer Reform des internationalen Steuersystems und der Eindämmung illegitimer Finanzströme. Als Verband der Industrieländer habe sie zwar für die Formulierung globaler Strategien nur begrenzte Berechtigung. Sie wisse das aber und wolle deshalb andere Länder einbeziehen.

Kartoffelhändler an der Peripherie von Dhaka: Stadtentwicklung darf destruktive Strukturen nicht perpetuieren.



Illegitime Finanzströme betreffen Entwicklungsländer in besonderem Maße. Moore beklagt deshalb, dass sie bislang keine Bündnisse gebildet hätten, um in die Steuerdebatte einzusteigen. Folglich habe die OECD bisher auch nichts konzipiert, was sie voranbringen würde. Mangels der nötigen IT-Systeme könnten sie beispielsweise nicht am automatisierten Datenaustausch teilnehmen, den die reichen Länder einführen.

Das globale Steuersystem ist kompliziert und unzusammenhängend. Es beruht auf nationalem Recht und bilateralen Verträgen. Es gibt für das Thema kein internationales Steuerabkommen und keine internationale Institution. Odd-Helge Fjeldstad vom norwegischen Chr. Michelsen Institute weist darauf hin, dass ein riesiger Wirtschaftszweig aus Banken, Rechnungsprüfern und Vermögensverwaltern Kunden helfe, Schlupflöcher zu nutzen. Er meint, ein internationales Steuerabkommen wäre nützlich – sei aber auch unwahrscheinlich.

Der informelle Sektor, der in vielen Entwicklungsländern sehr groß ist, lässt sich kaum besteuern, dennoch urteilen die Wissenschaftler, die Steuereinnahmen in

der formal geregelten Wirtschaft ließen sich schnell steigern, sofern der politische Wille dazu vorhanden sei. Catherine Ngina Mutava von der Strathmore University in Nairobi findet, afrikanische Staaten müssten endlich ihre Hausaufgaben machen. Leider interessierten sich Spitzenpolitiker aber oft weniger für die Leistungsfähigkeit der Finanzbehörden als für Schlupflöcher, welche die reichsten Eliten nutzen – schließlich gehörten sie oft selbst dazu.

Mutava nennt ein aktuelles Beispiel. Kurz vor den neulich abgehaltenen Wahlen peitschte die Regierung schnell ein Gesetz durch, um in Kenia eine Steueroase zu schaffen. Für Finanzinstitute, die dort agieren, gelten nationale Gesetze nicht – und sie unterliegen auch nicht der Zentralbankaufsicht. Im Aufsichtsrat dieser Steueroase sitzen Präsident und Vizepräsident. Solch oligarchische Strukturen seien in Afrika nicht ungewöhnlich.

DAS SKANDINAVISCHES MODELL

In Skandinaviens egalitären Gesellschaften laufen die Dinge anders. Die Vorstellung,

diese Länder verteilen mit Steuern Einkommen rigoros um, sei aber falsch, sagt Karl Ove Moene von der Universität Oslo. Tatsächlich weiche das Vor-Steuer-Einkommen der Bürger weniger stark voneinander ab als in anderen Weltgegenden. In Skandinavien arbeiteten nämlich die Erwerbstätigen, die am meisten verdienten, mit Technologien, die nur rund 110 Prozent produktiver seien als die, welche ihre geringstverdienenden Landsleute verwendeten. In den USA betrage die Kluft dagegen 330 Prozent und in Indien sogar enorme 2260 Prozent.

Die Steuerpolitik ist auf andere Weise wichtig, wie Moene bei der EADI Nordic Conference im August in Bergen ausführte, welche die örtliche Universität, der Norwegische Verein für Entwicklungsforschung und EADI (European Association of Development Research and Training Institutes) veranstalteten. Ausreichend finanzierte Staaten schufen soziale und materielle Infrastruktur, dank deren Menschen Fähigkeiten entwickeln und hohe Einkommen erzielen können.

Orthodoxen Ökonomen wirft Moene vor, nur die Kosten des Sozialstaats zu



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



beachten. Er senke aber aus Sicht vieler Menschen die Kosten wichtiger Dienstleistungen. Das mache sie produktiver und lasse sie das Wachstum ihrer Volkswirtschaften antreiben. Klug regulierter Kapitalismus gedeiht aus Moenes Sicht gerade deshalb, weil er so Ungleichheit reduziert. Als Beleg nennt er Skandinavien, dessen

Länder sich erwiesenermaßen innovativ auf weltwirtschaftlichen Wandel einstellen.

LINK

EADI Nordic Conference 2017:

<http://eadi-nordic2017.org/>

Videos von Plenarveranstaltungen:

<https://www.youtube.com/watch?v=ATZlhb85lps> (mit Gupta, Steiner,

Parnell),

<https://www.youtube.com/watch?v=ooPQn2Rlip0&feature=share> (mit Moore, Fjeldstad,

Mutava)

https://www.youtube.com/watch?v=ARqAFM_W7oo (mit Moene)

Nicht von Regierungssorgen ablenken lassen

Das akademische Feld der Development Studies ist im Wandel. Die Entwicklungsforschung muss auf internationale Trends wie Klimawandel, Migration oder den Aufstieg der Schwellenländer reagieren. Aus Sicht führender Wissenschaftler reicht es nicht, Regierungen technisch zu beraten – auch kritische Politiktheorie ist nötig.

Vor 12 Jahren formulierten europäische Entwicklungsforscher eine Vision für ihr akademisches Feld. Bei der Generalkonferenz von EADI (European Association of Development Research and Training Institutes) in Bergen im August stand zur Debatte, ob sie noch gültig ist. Grundprinzipien der Vision wurden generell weiterhin anerkannt. Dazu gehört, dass Development Studies

- inter- und multidisziplinär sind,
- auf das Verständnis der sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Dimensionen von Wandel ausgerichtet sind und
- dazu dienen, Probleme von Ungleichheit und Entwicklungsprozessen zu lösen.

Auf verschiedene Weisen reagiert die Wissenschaft der-

weil auf weltweite Veränderungen. Elisabetta Basile von der Universität Rom betont die Bedeutung der „Wissensproduktion im globalen Süden“. Die Zeiten sind vorbei, in denen Entwicklungsforscher aus Europa und Nordamerika kamen und vor allem darüber nachdachten, wie Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika ihrer Heimat ähnlicher werden könnten. Ökologische und andere Faktoren bedeuten, dass Wandel auch in der vermeintlich entwickelten Welt nötig ist.

Edith Phaswana von der South African Development Studies Association fordert eine „Entkolonialisierung“ der Wissenschaft. Sie betont, dass heutige Gesellschaften nur im historischen Kontext zu verstehen sind. Manche Intellektuelle in Afrika forderten, sich ganz von europäischen und nordamerikanischen Hochschulen abzukoppeln. Phaswana lehnt das aber ab, weil „wir auf dieser Erde koexistieren müssen“.

In Lateinamerika hat die Abkopplung schon ein Stück weit stattgefunden, wie Gilles Carbonnier vom Graduate In-

stitute in Genf berichtet. Lateinamerikanische Wissenschaftler zitierten sich vor allem gegenseitig und stützten sich auf eigene Konzepte. Das bekannteste ist vermutlich „Buen vivir“ (gut leben), welches das Wohlergehen von Gemeinschaften im Einklang mit der Natur betont.

Laut Joost Mönks vom bildungspolitischen Institut NORRAG in Genf wächst das Feld Development Studies in Schwellenländern wie China, Indien, Brasilien und Südafrika schnell. Er zeigt sich beeindruckt von der offenen und lebhaften Diskussion, die er in China erlebt hat. Aus offensichtlichen Gründen sind die Erfolge – und Misserfolge – der großen Schwellenländer international relevant.

Armut und Ungleichheit prägen unsere Zeit ebenso wie autoritärer Populismus und Fake News. Angesichts solcher Probleme reicht es nicht, Regierungen technokratischen Rat zu geben. Isa Baud von der Universität, deren Amtszeit als EADI-Präsidentin im August zu Ende ging, findet, die Entwicklungsforschung müsse generell politische Relevanz finden – und nicht nur der Beratung von Ministerien dienen.

Henning Melber vom Nordic Africa Institute in Uppsala ist ihr Nachfolger an der EADI-Spitze und sieht

EADI

die Dinge ähnlich. Die Entwicklungsforschung müsse globale Partnerschaften mit „möglichst geringer asymmetrischer Verzerrung“ fördern, was eine Herausforderung sei, weil in „unserer ungleichen Welt strukturell verankerte Hierarchien fortbestehen“.

Die Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) werden in diesem Kontext als sinnvolle Richtlinien für die Politik gesehen, die aber nicht ausreichen, um die Forschung zu steuern. Uma Kothari von der Universität Manchester warnt, die Beschäftigung von Entwicklungsforschern mit Regierungsbelangen dürfe sie nicht davon ablenken, dass kritische Politiktheorie eine zentrale Aufgabe ist.

LINK

EADI-Präsident Henning Melber zu relevanter

Entwicklungsforschung:

[https://www.eadi.org/typo3/](https://www.eadi.org/typo3/fileadmin/Documents/)

[fileadmin/Documents/Publications/EADI_Policy_Paper/EADI_policy_paper_Melber_August_2017.pdf](https://www.eadi.org/typo3/fileadmin/Documents/Publications/EADI_Policy_Paper/EADI_policy_paper_Melber_August_2017.pdf)

FRIEDENSFÖRDERUNG

Zielkonflikte

Fragile Staaten sind in ihren Entwicklungsmöglichkeiten stark beeinträchtigt. Auch wenn es schwierig ist, in Konflikt- und Krisengebieten zu arbeiten, muss Friedensförderung dort einen besonderen Schwerpunkt setzen.

Von Katja Dombrowski

Soziale, politische und wirtschaftliche Ausgrenzungen verursachen und verstärken gewaltsame Konflikte. Friedensförderung bedeutet daher auch, Ausgrenzung abzubauen – ganz im Sinne des Ziels der Agenda 2030, niemanden zurückzulassen. „Das ist kein neues Konzept“, betont Oury Traoré, Geschäftsführerin des Madiba Institute for Leadership in West Africa, „was neu ist, ist die neue Verpflichtung dazu.“

Die internationale Staatengemeinschaft habe realisiert, dass globale Solidarität vonnöten ist. Zumal die Situation in einzelnen Ländern gar nicht mehr isoliert betrachtet werden könne. „Was in Mali passiert, kann nicht nur für Mali betrachtet werden – es hat globale Auswirkungen“, sagte Traoré auf dem Berliner Sommerdialog der Stiftung Entwicklung und Frieden.

Die Veranstaltung stand unter dem Titel „Ausgrenzung als Ursache von Gewalt.

Ansätze für die internationale Zusammenarbeit“. Die Teilnehmer waren sich darüber einig, dass es oft schwierig ist, die „Guten“ und „Bösen“ zu identifizieren und Akteure zu finden, die eine positive Rolle im Friedensprozess einnehmen können. Das seien nicht in erster Linie diejenigen, die westlichen Werten am nächsten stehen, sondern diejenigen, die traditionell diese Rolle haben, betont die Bundestagsabgeordnete Ute Finckh-Krämer und warnt: „Gefährlich ist es, wenn etwa die EU einzelne Akteure oder Konfliktparteien zu Terroristen erklärt – dann sind Verhandlungen nicht mehr möglich.“

Niemanden auszuschließen, bedeutet für Traoré auch, mit unliebsamen Regierungen zusammenzuarbeiten. „Selbst in einem gescheiterten Staat muss die Regierung einbezogen werden, man kann sie nicht umgehen.“ Der Konfliktforscher Lars-Erik Cederman stellt den Bottom-up-Approach generell in Frage: „Man muss über die Regierung gehen.“ Er räumt aber auch ein, dass es Zielkonflikte zwischen Stabilisierung und Veränderung geben könne; manche Staats- und Regierungschefs nutzten Stabilisierung, um Ausgrenzung langfristig zu etablieren.

Traoré empfiehlt denen, die von außen kommen, nicht die führende, sondern

eine unterstützende Rolle einzunehmen und niemanden auszugrenzen, zum Beispiel Frauen und junge Leute, die traditionell vielleicht in der Konfliktbearbeitung eines Landes keine Rolle spielen. „Wenn Sie Frauen nicht einbeziehen, werden Sie keinen Erfolg haben“, warnt Traoré. Thomas Helfen vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stimmt ihr zu. Frauen seien oft näher an den Alltagsproblemen dran als Männer. Es sei wichtig, sie nicht nur als Opfer, sondern als Akteurinnen in Friedensprozessen wahrzunehmen.

Die Diskussion machte die verschiedenen Arten von Ausgrenzung deutlich, zum Beispiel absichtliche versus unabsichtliche, und dass für Konflikte weniger tatsächliche Ungleichheit als die Wahrnehmung von Ungleichheit eine Rolle spielt. Damit aus empfundener Ungerechtigkeit allerdings ein Bürgerkrieg wird, braucht es Ressourcen und Infrastruktur – und diese kommen häufig von außen, wie der Politologe Indra de Soysa an den Beispielen Naher Osten und Afghanistan aufzeigt. Westliche Länder beeinflussten Konflikte massiv, etwa durch die Lieferung von Waffen.

Dass sie auch vermittelnd Einfluss nehmen, beschreibt Luxshi Vimalarajah von der Nichtregierungsorganisation Berghof Foundation am Beispiel Jemen. Dort sei die internationale Gemeinschaft stark an den Friedensverhandlungen beteiligt gewesen. „Es war ein Prozess wie aus dem Lehrbuch, mit viel Inklusion“, berichtet sie. „Doch jetzt wissen wir, dass wichtige Akteure ausgeschlossen waren.“ Die Verhandlungen scheiterten, der Krieg geht weiter. Ein weiterer Grund habe darin bestanden, dass es keinen Konsens im UN-Sicherheitsrat gab.

Nach Ansicht von Aurélien Tobin vom Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstitut (SIPRI) sind unterschiedliche Ziele und Prioritäten einer der Hauptgründe dafür, dass Friedensförderung so kompliziert ist. „Wir wollen gegen Dschihadismus, Drogenhandel und illegale Migration vorgehen“, sagt er. Aber diese internationalen Ziele unterschieden sich unter Umständen stark von denen der Regierung und denen – wieder anderen – der lokalen Zivilgesellschaft. „Wir sagen dann schnell, sie haben nicht die Kapazität, nicht den politischen Willen. Aber vielleicht ist der politische Wille einfach ein anderer.“

In Mali greift die internationale Gemeinschaft auch militärisch in den Konflikt ein.



Finanzierung von sauberem Wasser

Mädchen in Uganda
holt Wasser.

Sauberes Trinkwasser und Abwasser sind entscheidend für Menschenleben. Zu oft vergiftet ungereinigtes Abwasser die Umwelt und verschmutzt Trinkwasser. Trotz beachtlicher Fortschritte in den letzten Jahren fehlt vielen Menschen der Zugang zur Basisversorgung von Trinkwasser und Kanalisation. Um dies zu verbessern, benötigen Regierungen Finanzmittel.

Von Sheila Mysorekar

Nicht alle Menschen weltweit haben Zugang zu Trinkwasser. Laut Water.org, einer zivilgesellschaftlichen Organisation, sind viele Frauen und Mädchen – beispielsweise in Indonesien – „durchschnittlich sechs Stunden pro Tag damit beschäftigt, Wasser zu holen“. Sie gehen weite Strecken, oft ohne sauberes oder ausreichendes Wasser holen zu können, was sie Gesundheitsrisiken aussetzt. Frauen in Asien, Afrika und Lateinamerika teilen dieses Schicksal.

2015 schätzte das WHO/UNICEF Joint Monitoring Programme (JMP), dass „660 Millionen Menschen keinen angemessenen Zugang zu Trinkwasserquellen und über 2,4 Milliarden Menschen weltweit keine verbesserten sanitären Anlagen haben“.

Das 6. Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG) fokussiert auf Wasser und Kanalisation. Viele Länder haben jedoch kein Geld, um ihre Wasserinfrastruktur zu verbessern. Im Allgemeinen werden WASH(Wasser, Kanalisation und Hygiene)-Programme von mehreren Partnern gemeinsam finanziert, etwa nationalen Regierungen, Dienstleistern, Nichtregierungsorganisationen, internationalen Geberinstitutionen und privaten Haushalten.

In gewisser Weise haben Haushalte ihre eigene WASH-Infrastruktur. Aber um weitreichende Infrastruktur aufzubauen, sind verschiedene Geldquellen möglich, zum Beispiel

- Gebühren, die Kunden an Dienstleister zahlen,
- Kredite, die öffentliche Versorgungsunternehmen aufnehmen,



- Bonds, die von Regierungen verkauft werden,
- Steuern,
- Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) in Form von Zuschüssen und Krediten und
- Spenden von wohlthätigen Gebern.

UN-Water publizierte vor kurzem den Bericht „Global Analysis and Assessment of Sanitation and Drinking-Water“ (GLAAS) 2017. Das Dokument analysiert Finanzierungslücken. Es basiert auf Daten von 75 Ländern und 25 internationalen Agenturen. Fünf Schlüsselerkenntnisse sind:

- Nationale WASH-Budgets wachsen, da Staaten versuchen, die SDGs zu erfüllen, aber Differenzen zwischen globalen Absichten und den nationalen Realitäten sind offensichtlich.
- WASH benötigt mehr Aufmerksamkeit und Gelder. Viele Menschen erhalten keine Daseinsfürsorge, und die Aufrechterhaltung bestehender Dienstleistungen muss gesichert werden.
- Entscheidungsträger haben Zugang zu verbesserten Statistiken und Daten bezüglich WASH.
- ODA-Ausgaben wachsen, aber zukünftige Budgets sind nicht gesichert.

- Obwohl es eine Priorität ist, dass WASH-Dienste gefährdeten Gruppen zugutekommen, hinkt die Umsetzung hinterher.

Der Bericht zeigt, dass sich die Finanzierung von WASH-Bestrebungen von Land zu Land stark unterscheidet. Einige Länder (beispielsweise Brasilien) sammeln die größten Beiträge von Haushalten; andere (so etwa Kenia und Tadschikistan) verlassen sich mehr auf ODA. In manchen Staaten (Pakistan und Peru zum Beispiel) trägt das staatliche Wirtschaftsbudget den größten Teil der WASH-Ausgaben.

Im Jahr 2015 hatten 319 Millionen Menschen in Subsahara-Afrika keinen Zugang zu verbesserten Trinkwasserquellen. Trotzdem sind Hilfszusagen für die Region zurückgegangen, wie der GLAAS-Report zeigt. 2015 betrugen die ODA-Mittel für WASH für diese Region 1,7 Milliarden Dollar, mehr als für jede andere Weltregion.

LINK

UN-Water Global Analysis and Assessment of Sanitation and Drinking-Water (GLAAS) 2017: http://www.who.int/water_sanitation_health/publications/glaas-report-2017/en/

ERZWUNGENE MIGRATION

Heute Vertriebene – morgen Flüchtlinge

Momentan gibt es weltweit 65,6 Millionen Geflüchtete. Aber nicht alle, die ihr Heim verlassen müssen, fliehen ins Ausland – viele flüchten innerhalb ihres eigenen Landes. 2016 gab es 31,1 Millionen neu intern Vertriebene durch Konflikte, Gewalt und Naturkatastrophen. Das heißt, alle drei Sekunden muss ein Mensch fliehen.

Von Sheila Mysorekar

Es gibt viele Gründe für Flucht, etwa bewaffnete Konflikte, Naturkatastrophen oder Klimawandel. Laut dem Global Trends Report des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR hat erzwungene Vertreibung weltweit einen neuen Rekord erreicht: 65,6 Millionen Menschen oder eine Person von 113 wurden letztes Jahr durch Konflikt und Verfolgung von ihrem Zuhause vertrieben; das ist viermal mehr als noch vor einem Jahrzehnt. UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi sagt, dies sei „eine unakzeptabel hohe Zahl“. Er drängt auf „Solidarität, um diese Krise zu überwinden“.

Bürgerkriege in Syrien und dem Südsudan, Hunger in Ostafrika, Verfolgung von Minderheiten in Myanmar oder Wasserknappheit in der Tschad-Region können alle zu erzwungener Migration führen. Im Verhältnis zur Bevölkerung produziert Syrien mit 12 Millionen Menschen (fast zwei Dritteln der Bevölkerung) die höchsten Flüchtlingszahlen. Kolumbianer (7,7 Millionen) und Afghanen (4,7 Millionen) stehen weiterhin an zweiter und dritter Stelle, gefolgt von Irakern (4,2 Millionen) und Südsudanern. Kinder, die besonders verletzlich sind, stellen die Hälfte aller Geflüchteten weltweit. In manchen Ländern, wie etwa im Südsudan, sind 85 Prozent der Flüchtlinge und intern Vertriebenen Frauen und Kinder.

Innerhalb der globalen Gruppe von Geflüchteten sind die intern Vertriebenen (internally displaced persons – IDPs) in einer besonderen Situation: Sie haben

keine Grenze überquert, um in Sicherheit zu sein. Anders als Flüchtlinge sind sie in ihrem eigenen Land auf der Flucht. Laut UNHCR „sind zwar viele aus ähnlichen Gründen geflohen, aber IDPs leben weiterhin in ihrem eigenen Land und so unter dem Schutz ihrer Regierung, selbst wenn sie genau vor dieser Regierung fliehen. Deswegen sind diese Menschen außerordentlich gefährdet“. Insgesamt gibt es weltweit 40,3 Millionen IDPs.

Der jüngste Global Report on Internal Displacement 2017 des Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC) zeigt auf, dass es momentan doppelt so viele IDPs wie Flüchtlinge in der Welt gibt. Es bestehe „eine direkte Verbindung zwischen interner und grenzüberschreitender Vertreibung“, schreibt das IDMC. „Sechs der zehn Länder, aus denen 2015 die meisten Flüchtlinge kamen – Afghanistan, Kolumbien, die Demokratische Republik Kongo, Südsudan, Sudan und Syrien – sind auch unter den zehn Ländern mit der höchsten Zahl von IDPs“, heißt es in dem Bericht.

Südsudan ist ein typischer Fall. Aufgrund heftiger Kämpfe in der südlichen Region des Landes flohen 2016 viele Menschen aus ihren Dörfern, erst einmal in die nächstgelegenen Städte oder UN-Camps innerhalb Südsudans. Als die Kämpfe anhielten, flohen dieselben Menschen erneut, diesmal über die Grenze nach Ugan-

da. Von Juli bis Dezember 2016 wuchs ein kleiner Ort im nördlichen Uganda, Bidibidi, zum größten Flüchtlingslager der Welt. Bidibidi ist bereits voll, so dass ein anderes Camp eröffnet werden musste – Palorinya, ebenfalls in Norduganda. Von Januar bis Mai 2017 kamen 153.000 Südsudaner in diesem Lager an. Und täglich kommen mehr Menschen.

Laut IDMC ist es „noch unklar, welche Push-und-Pull-Faktoren genau dafür sorgen, dass jemand, der heute ein IDP ist, morgen ein Flüchtling oder ein internationaler Migrant wird“. Das Beispiel Südsudan zeigt: Sobald sich die Lage im Heimatland beruhigt, überqueren die Menschen die Grenze wieder und machen sich auf den Rückweg. Aber der IDMC-Report warnt, dass „Geflüchtete, die in ihre Heimatländer zurückkehren, Gefahr laufen, wiederum intern vertrieben zu werden, wenn ihre Rückkehr zu früh, unfreiwillig oder unvorbereitet ist, und wenn sie Unsicherheit und unzureichender Lebensunterhalt erwartet“. 2016 kehrten viele afghanische und somalische Geflüchtete in ihre Länder zurück, nur um dort aufs Neue vertrieben zu werden.

LINK

Internal Displacement Monitoring Centre:
Global Report on Internal Displacement 2017.
<http://www.internal-displacement.org/global-report/grid2017/>



Südsudanische Geflüchtete im Flüchtlingslager Palorinya, Uganda.

Mit Skorpiongift Geld verdienen

Libyen ermutigt Jungunternehmer, ungewöhnliche Geschäftsideen umzusetzen und kleine Firmen zu gründen. Auszeichnungen sollen dies fördern. Mitten im Bürgerkrieg brauchen junge Menschen dringend Hoffnung und Perspektiven.

Von Hunderten Projektvorschlägen für Kleinunternehmen in Libyen wurden die drei besten vor einigen Wochen in Tunesien vorgestellt. „Dies ist, was die Europäische Union in Libyen gerne sehen würde: eine neue Unternehmenskultur“, sagte Bettina Mudscheidt, EU-Botschafterin in Libyen. Sie übergab den Gewinnern die Auszeichnungen. „Diese Projekte sind wirklich beeindruckend“, sagte sie.

Der Wettbewerb war im März 2017 ausgerufen worden. Expertise France, eine französische Entwicklungsorganisation, managte dies im Namen der EU und libyscher Behörden. Die Absicht ist, „Unternehmenskultur in Libyen zu entwickeln“, erklärt Nessrin Ghaddah von Expertise France. Über 1000 Bewerbungen gingen ein, von Menschen verschiedensten Alters, beiden Geschlechtern und aus unterschiedlichen Regionen des Landes. Die zehn besten wurden ausgewählt, und diejenigen, die sie erreicht hatten, wurden zur Auszeichnung nach Tunis eingeladen.

Der erste Preis ging an „Sinbad“, ein Projekt, das in einfacher und interaktiver Weise die Grundlagen von Unternehmertum und Projektmanagement vermittelt. „Wir wollen das Leben für die Menschen

einfacher machen, und Sinbad kann dabei helfen“, sagt Marwan Al-Abed aus Tripolis, einer der drei Erfinder der Idee. Der Name „Sinbad“ bezieht sich auf den Seefahrer aus dem arabischen Märchen. Laut Al-Abed war dieser ein „arabischer Abenteurer und eine Art Geschäftsmann, der sehr risikobereit war“. Al-Abed und seine beiden Partner planen, ihr Unternehmen im nächsten Jahr zu eröffnen.

Den zweiten Preis erhielt Asem Ali aus Zawia für den Vorschlag, ein Elektrizitätswerk mit recyceltem Müll zu betreiben. „Abfall ist der Hauptgrund für Umweltverschmutzung“, sagt Asem. Seiner Ansicht nach kann seine Idee „dem Land ökonomisch, sozial und ökologisch helfen“. Die Finanzierung des Projektes sei jedoch noch ungeklärt.

Das drittplatzierte Projekt schlägt vor, das Gift lebender Skorpione zu extrahieren und an Serum- und Medikamentenfabrikanten zu verkaufen. Hussein Kafu aus den Nafusa-Bergen hatte diese Idee. „Eines Tages erhielt ich einen Anruf eines Freundes aus dem Süden. Er war von einem Skorpion gestochen worden und brauchte ein Gegengift“, erzählt Hussein. „Da erfuhr ich, dass es Libyen solch ein Gegengift gar nicht gibt.“ Mit seinem neuen Projekt möchte Hussein Libyen mit dem begehrten Skorpion-Serum versorgen.



MOUTAZ ALI
ist ein Journalist und
lebt in Tripolis, Libyen.

ali.moutaz77@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

58. Jg. 2017

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Tulpenfeld 7

53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

<http://www.engagement-global.de>

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:

FAZIT Communication GmbH

Geschäftsführer:

Peter Hintereder und Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71-81

D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,
Katja Dombrowski, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth,
Dagmar Wolf (Assistenz)

Tel. (0 69) 75 01-43 66,

Fax (0 69) 75 01-48 55,

euz.editor@fs-medien.de

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZIT Communication GmbH.

Art direction: Sebastian Schöpsdau, Layout: Nina Hegemann

Übersetzung: Eleonore von Bothmer, Carola Torti

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH,

c/o InTime Media Services GmbH

Postfach 1363

82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fs-medien@intime-media-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4-6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellenangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.



Wahl-Special

Wie vor den vergangenen Bundestagswahlen hat die E+Z/D+C-Redaktion die entwicklungspolitischen Sprecher der Fraktionen auch diesmal gebeten, zu erläutern, welche konzeptionellen Vorstellungen ihre Parteien in der nächsten Legislaturperiode umsetzen wollen.



CDU/CSU

Den Unterschied ausmachen

Von Sibylle Pfeiffer

Keine der großen Herausforderungen der Zukunft lassen sich ohne die Entwicklungspolitik lösen. Sei es das Weltbevölkerungswachstum, der steigende Energiehunger für wachsende Volkswirtschaften oder der von Menschen mitverursachte Klimawandel – die Erfahrungen und Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit sind gefragt, denn je. Je länger wir diese Herausforderungen ignorieren oder nur an der Oberfläche „behandeln“, desto schwieriger und teurer wird es in der Zukunft.

Mit den Nachhaltigkeits-Entwicklungszielen der Agenda 2030 (sustainable development goals – SDGs) und den einschlägigen Klimaschutzzielen von Paris haben wir Leitplanken, an denen sich unsere Entwicklungspolitik orientieren kann – im Übrigen auch institutionell bei uns. Nicht zuletzt durch die Flüchtlingskrise erkennen wir, wie sehr Nationalstaaten von den Entwicklungen in anderen Ländern abhängen. Digitalisierung und Globalisierung schaffen eine nie dagewesene Mobilität auch über Kontinente hinweg. Daher liegt es sowohl in unserer Verantwortung als auch in unserem Interesse,

vor allem Afrika noch mehr in den Fokus unserer Entwicklungspolitik zu rücken. Die Bevölkerungszahl unseres Nachbarkontinents wird sich bis 2050 auf weit über 2 Milliarden Menschen verdoppeln – Afrika braucht jedes Jahr zusätzlich 20 Millionen neue Arbeitsplätze, um der jungen Bevölkerung eine Perspektive vor Ort bieten zu können. Hohe Geburtenraten und ein niedriges Wirtschaftswachstum, bei dem kaum neue Jobs entstehen, führen gerade in Subsahara-Afrika zu staatlicher Fragilität und Migrationsdruck. Diesen Teufelskreislauf müssen wir durchbrechen.

Dafür haben wir in dieser Legislaturperiode erste wichtige Grundlagen geschaffen. Der Entwicklungsetat ist nicht zuletzt dank des Einsatzes der Bundeskanzlerin auf Rekordhöhe, das 0,7-Prozent-Ziel wurde nach den Kriterien der OECD erstmalig erreicht. Das ist gerade mit Blick auf andere Länder, die ihre staatlichen Entwicklungsgelder zurückfahren, keine Selbstverständlichkeit.

Aber Entwicklung ist nicht nur eine Frage der Finanzmittel, sondern auch der Strukturen und Ansätze. Ohne Partnerregierungen, die das Wohl ihrer Länder und nicht den persönlichen Vorteil im Blick haben, kann keine Entwicklungspolitik

erfolgreich sein. Regierungsführung bleibt eine zentrale Herausforderung. Dementsprechend bemüht sich beispielsweise auch Finanzminister Wolfgang Schäuble im Rahmen der G20 intensiv um Verbesserungen bei den Investitionsbedingungen und Finanzierungsfragen. Gute Rahmenbedingungen und der politische Wille in den Ländern selbst kann aber keine Entwicklungspolitik ersetzen. Das heißt, dass wir bei der Auswahl der Partner stärker als bisher auf ihre Bereitschaft zur Eigenverantwortung achten müssen. Unser Kernanliegen ist dabei die ordnungspolitische Befähigung unserer Partner.

Entwicklungsminister Gerd Müller hat mit seinem Marshallplan mit Afrika unseren Partnerländern und der Wirtschaft ein Angebot gemacht, im Sinne einer großen gemeinsamen Mobilisierung zusammen an einer besseren Zukunft zu arbeiten. Dazu wollen wir unsere Partner unterstützen, mehr Eigeneinnahmen zu generieren und die Investitionsbedingungen vor Ort so zu stärken, dass Arbeitsplätze vor Ort geschaffen werden können. Ohne private Investitionen und den Transfer von Knowhow können viele afrikanische Länder die kommenden Herausforderungen nicht meistern – die Folgen wären katastrophal.

Daher wird es in der kommenden Legislaturperiode darum gehen, diese Initiativen mit Leben zu füllen. Konkret heißt das, dass wir uns zukünftig mehr auf Schlüsselstaaten und Schlüsselsektoren konzentrieren müssen, wo unser entwicklungspolitisches Engagement den Unterschied ausmachen kann. Es geht um Wirkung, gemeinsame Interessen und die Einbindung anderer Akteure wie die Wirtschaft – Altruismus, Abgrenzung und eine Politik mit der Gießkanne, wie wir sie viel zu lange betrieben haben, wird zum Scheitern verurteilt sein. Nur mit unserer neu aufgestellten, professionellen Entwicklungspolitik können wir unser gemeinsames Ziel erreichen, wirtschaftliche, ökologische und sozial nachhaltige Einkommensperspektiven in Afrika innerhalb unserer planetaren Grenzen zu schaffen.

Finanzdienstleistungen sind wichtig: Die Fidelis-Bank in Ghana ist ein Partner des deutschen Entwicklungsfinanzierers DEG.



SIBYLLE PFEIFFER
ist entwicklungspolitische
Sprecherin der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion.
sibylle.pfeiffer@bundestag.de

SPD

Armutsbekämpfung in den Mittelpunkt stellen

Von Stefan Rebmann

Die durch die aktuellen gewaltsamen Krisen ausgelöste Flucht und Migration haben unser übergeordnetes Ziel der global strukturbildenden Entwicklungspolitik verdeutlicht: jedem Menschen auf der Welt ein Leben in Würde zu ermöglichen. Wir wollen hierzu unter anderem die Agenda 2030 verwirklichen. Ferner wollen wir den Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) wesentlich ambitionierter umsetzen, als es bisher in der Koalition möglich war. Auch die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU (EU-WPA) müssen entwicklungsfreundlich ausgestaltet werden und eine verbindliche Einhaltung von sozialen, Umwelt- und Menschenrechtsstandards beinhalten. Ziel ist es, vom Freihandel zum Fairhandel zu kommen.

Die aktuelle Befassung der Bundesregierung mit Afrika ist viel zu stark auf wirtschaftliche Investitionen konzentriert. Afrika ist dreimal so groß wie Europa und hat 1,2 Milliarden Einwohner. Man kann hier nicht mit einem Plan alles regeln wollen. Bedarfsorientierung und regionale Differenzierung müssen daher wieder Einzug in die Entwicklungspolitik halten. Staatliche Gelder sind weiterhin für fragile Staaten und Least Developed Countries (LDCs) dringend notwendig. Zudem werden wir die Armutsbekämpfung wieder in den Mittelpunkt stellen und nicht die Investitionsförderung (deutscher) Unternehmen in Afrika.

Wir haben nur noch 13 Jahre Zeit, die 17 Ziele der Agenda 2030 umzusetzen. Das ist sehr wenig. Allein mit der Fortschreibung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie versucht das Kanzleramt die Agenda umzusetzen. Da werden Rosinen herausgepickt und nicht einmal mit Ist-Zustand und Zielwerten versehen. Hier muss mehr geschehen. Es ist dabei aber nicht Aufgabe des Bundesministeriums für wirtschaft-

liche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), dies allein leitend zu übernehmen. Die Umsetzung der Agenda 2030 muss breit innerhalb der Regierung angesiedelt und permanent gesteuert werden.

Frauen erbringen den Großteil der wirtschaftlichen Leistung in den Partnerländern, sei es auf dem Feld in kleinbäuerlichen Strukturen oder im verarbeitenden Gewerbe. Frauenförderung muss wieder viel größer geschrieben werden. Bildung ist der Grundstein für Entwicklung. Hierbei muss ein ganz besonderer Fokus auf Frauen und Mädchen gelegt werden. Dazu gehört auch die reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung.

Angesichts des globalen Klimawandels und des schon alleine wegen des Bevölkerungswachstums steigenden Energiebedarfs setzen wir uns für eine konsequente Förderung von erneuerbaren Energien und den Aufbau einer dezentralen und demokratisch kontrollierten Versorgung ein. Dies betrifft auch den Bereich der Urbanisierung, da hier 70 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen stattfinden. Wir wollen daher die schnell wachsenden Städte im globalen Süden durch Urbanisierungspartnerschaften stärker fördern. Auch wollen wir die vom Klimawandel bedrohten ärmeren Staaten besonders unterstützen.

Wir beobachten immer wieder, wie sich deutsche und europäische entwicklungsfördernde Maßnahmen in den Ländern des globalen Südens widersprechen oder bestenfalls ohne Kenntnis voneinander parallel abspielen. EU-Maßnahmen, nationale staatliche Maßnahmen und die vielfältigen Tätigkeiten von privaten Organisationen und Stiftungen müssen besser abgestimmt werden. Kohärenz ist ein strapaziertes Wort, doch vor dem Bohren dicker Bretter werden wir uns nicht scheuen.

Die Sonderinitiativen des BMZ haben zu einer Menge Irritationen und Verwirrung in der Landschaft der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) geführt. Projekte bekamen immer nur eine jährliche finanzielle Zusage. So kann man keine nachhaltige EZ leisten. Das BMZ muss weg von einem Aktionismus-Ministerium wieder hin zu einem verlässlichen Gegenüber für die Partnerländer und Durchführungsorganisationen.

Zurzeit wird das zweifelsfrei vorhandene umfangreiche Wissen des Ministeriums ausgebremst. Die Führungsetage ist vollkommen entkoppelt von den Mitarbeitern. Pläne werden nicht mehr im Haus geschrieben, und auf Reisen werden sachkundige Mitarbeiter mit Journalisten und Fotografen ausgetauscht. Aber ohne das interne Wissen verkommt die sachliche Kompetenz der Führung. Das Team gewinnt, nicht der Top-Manager.



STEFAN REBMANN
ist Sprecher der
Arbeitsgruppe wirtschaftliche
Zusammenarbeit und
Entwicklung der SPD-

Bundestagsfraktion.

stefan.rebmann@bundestag.de

Frauen erbringen den Großteil der wirtschaftlichen Leistung in Entwicklungsländern; die SPD will sie stärker fördern. Näherinnen in Bangladesch.



DIE LINKE

Entwicklungspolitik muss aktive Friedenspolitik sein

Von Heike Hänsel



Die Linke will den Aufbau von Wertschöpfungsketten in den Ländern des Südens fördern, damit die Menschen nicht nur vom Verkauf landwirtschaftlicher Produkte leben müssen. Quinoa-Bäuerin in Bolivien.

Die weltweit zunehmende soziale Ungleichheit ist das größte Entwicklungshemmnis. In nur wenigen Jahren haben acht Menschen mehr Reichtum angehäuft, als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen besitzt. Die kolonialen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Nord und Süd wurden durch die neoliberale Politik der letzten drei Jahrzehnte noch ausgebaut und haben den Hunger von fast einer Milliarde Menschen hervorgebracht. Jährlich fließt aus Afrika doppelt so viel Kapital in die Industrieländer in Form von Kreditrück- und Zinszahlungen, Unternehmensgewinnen und Steuerflucht, als umgekehrt

über staatliche Entwicklungsgelder und Direktinvestitionen nach Afrika. Soziale Sicherheit gibt es durch die tödliche Freihandelspolitik, Deregulierungen und Privatisierungen in vielen Ländern des Südens nur noch für sehr wenige. Das ungerechte Weltwirtschaftssystem hat ganze Regionen destabilisiert. So bleibt immer mehr Menschen nur noch die Flucht beziehungsweise eine Migration aus Not.

Die Linke kämpft deshalb für einen fundamentalen Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit weltweit und eine Neuorientierung unserer Beziehungen zu den Ländern des Südens. Noch so viele gut gemeinte Projekte können Entwicklungschancen nicht nachhaltig fördern ohne den Rahmen einer friedlichen Außenpolitik und eines gerechten Welthandels. Wir wollen die Süd-Süd-Beziehungen und regionale Märkte stärken, die Verarbeitung von Rohstoffen und den Aufbau von Wertschöpfungsketten in den Ländern des Südens fördern und für gerechte Handelsstrukturen eintreten, die lokale Produzentinnen und Produzenten vor Preisdumping und Verdrängungswettbewerb schützen. Die Nachhaltigen Entwicklungsziele (sustainable development goals – SDGs) lassen sich nur durch eine solidarische Zusammenarbeit umsetzen, die an den strukturellen Problemen ansetzt, die durch die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung hervorgerufen werden.

Die Linke wird sich auch in der nächsten Wahlperiode gegen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik und den zunehmenden Missbrauch der Entwicklungszusammenarbeit zur Durchsetzung wirtschaftlicher, sicherheits- und migrationspolitischer Interessen der Geberländer und internationaler Konzerne einsetzen. Entwicklungspolitik muss aktive Friedenspolitik sein: Das Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit und das selbstgesteckte Nato-Ziel von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Militär und Kriegseinsätze lehnen wir ab. Stattdessen

müssen die Instrumente der zivilen Konfliktprävention und -bearbeitung – wie etwa durch einen zusätzlichen europäischen zivilen Friedensdienst – massiv ausgebaut werden.

Wir wollen eine Entwicklungs- und Klimafinanzierung aus öffentlichen Mitteln und lehnen alle Instrumente zur „Hebelung“ von Privatkapital durch öffentliche Entwicklungsgelder, wie es etwa das G20-Instrument der „Compacts with Africa“ vorsieht, ab. Hierdurch werden die Länder des Südens in massive Abhängigkeit der Finanzmärkte gebracht und die Ungleichheit noch forciert. Unser mehrstufiges Modell setzt auf

- ein gerechtes und effektives internationales Steuersystem, die Verhinderung von Steuerflucht und -vermeidung und die Trockenlegung von Steueroasen,
- die Aufstockung der Entwicklungsgelder und Klimafinanztransfers und
- die Einrichtung eines UN-Kompensationsfonds für die Folgen des Klimawandels und des Kolonialismus. Die Energiewende sehen wir als globales Gemeingut und fordern einen solidarischen Wissens- und Technologietransfer.

Wir wollen eine selbstbestimmte Entwicklung und die Ernährungssouveränität in den Ländern des Südens stärken. Landraub, Nahrungsmittelspekulation und Agrospritimporte müssen verboten werden. Stattdessen setzen wir auf eine agro-ökologische Landwirtschaft, die Förderung von Kleinbäuerinnen und -bauern, angepasste Technologien und eine gerechte Land- und Ressourcenverteilung statt die von Bundesminister Gerd Müller gepöppelte Agroindustrie. Der Schutz von Menschen muss Vorrang vor Profitinteressen bekommen: Deutsche und europäische Konzerne müssen verpflichtet werden, die sozialen und ökologischen Standards und Sorgfaltspflichten entlang der gesamten Wertschöpfungskette einzuhalten. Hierfür muss Deutschland den UN-„Treaty Prozess“ im Menschenrechtsrat unterstützen, über den Unternehmensverantwortung völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben werden soll.



HEIKE HÄNSEL
ist entwicklungspolitische
Sprecherin der Linksfraktion.

heike.haensel@bundestag.de

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mehr Nachhaltigkeit wagen

Von Uwe Kekeritz

Nach Brexit, Trump und Co. darf es im Kampf für eine gerechtere Welt keine weiteren Rückschläge geben. Der Schlüssel liegt in einer engeren multilateralen Kooperation in den Bereichen Handel, Steuern und Landwirtschaft sowie beim Kampf gegen den Klimawandel. Die Agenda 2030 und das Klimaabkommen von Paris bieten weiterhin die Chance, einen Durchbruch für Klimaschutz und globale Gerechtigkeit zu schaffen.

Trotz der Fortschritte bei der Armutsbekämpfung leben nach UN-Angaben immer noch rund 800 Millionen Menschen in extremer Armut beziehungsweise leiden Hunger. Weltweit arbeitet fast die Hälfte der Erwerbstätigen unter menschenunwürdigen Bedingungen. Über 65 Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Armut, kriegerischen Auseinandersetzungen und den Auswirkungen der Klimakrise. Darüber hinaus wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer.

Das Ausmaß der Herausforderungen zeigt: Deutschland muss bei der Lösung dieser Probleme voranschreiten. Bislang ist die Bundesrepublik jedoch vielmehr Teil des Problems. Sie gehört zu den Spitzenreitern beim Pro-Kopf-Fleisch- und Textilverbrauch, ist führend bei der Kohleverstromung und ist das Land mit der größten sozialen Ungleichheit in der gesamten Eurozone. All das sind jedoch keine rein nationalen Probleme. Unser Export, Wachstum und Konsum führen anderswo zu Raubbau an der Natur, Armut und Zukunftslosigkeit.

Wir müssen deshalb zuallererst vor der eigenen Haustür kehren. Das bedeutet auch, dass die Bundesregierung das fast 50 Jahre alte Versprechen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklung bereitzustellen, endlich dauerhaft einlösen muss. Und zwar ohne die fragwürdige Anrechnung von Flüchtlingskosten und einer doppelten Anrechnung von Klimageldern. Vor allem gilt es globale Strukturen zu ändern, um den Ländern des

globalen Südens eine faire Chance auf Entwicklung zu geben.

Zunächst braucht es eine gerechte Handels- und Investitionspolitik und ein Ende der Ausbeutung in den globalen Lieferketten. Die EU-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Afrika, die EPAs, müssen gestoppt und im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung neu verhandelt werden. Es braucht gesetzlich verankerte menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen, umfassende Transparenz entlang der Lieferkette und Sanktionen bei Menschenrechtsverstößen.



Die Grünen halten den Kampf gegen den Klimawandel für elementar, da vor allem die Ärmsten in Entwicklungsländern unter ihm leiden. Bauern in Ruanda.

Zudem muss die globale Steuer- und Finanzmarktarchitektur dem Gemeinwohl dienen. Entwicklungsländer verlieren weit mehr Geld durch Steuervermeidung, als sie an ODA-Mitteln erhalten. Notwendig sind daher Regeln, die verhindern, dass Kapital aus dem globalen Süden illegal oder illegitim in den Norden fließt. Steuerschlupflöcher müssen geschlossen und den Steuervermeidungstaktiken von Unternehmen durch verbindliche internationale Regeln das Handwerk gelegt werden.

Auch die globale Agrarwende fängt bei uns an. Die industrielle Agrarwirtschaft darf nicht weiter gefördert werden. Die europä-

ische Überproduktion überflutet die Märkte in den Ländern des globalen Südens und verschärft dort die Armut. Gleichzeitig verbaut dieses System bäuerlichen Betrieben bei uns die Perspektiven. Statt industrieller Agrarfabriken muss deshalb die kleinbäuerliche Landwirtschaft gefördert werden.

Zu guter Letzt ist der Klimawandel spürbarer denn je – vor allem für die Ärmsten in den Ländern des globalen Südens. Der Schutz des Klimas und der Biodiversität muss eine zentrale Rolle in der internationalen Zusammenarbeit einnehmen. Hierzu braucht es im Energiesektor endlich eine entschlossene Neuausrichtung auf erneuerbare Energien – und zwar bei öffentlichen und öffentlich-privaten Investitionen und bei Investitions Garantien. Nur wenn wir unsere Ressourcen schonen und das Klima schützen, ist eine nachhaltige Entwicklung gewährleistet.



UWE KEKERITZ
ist Sprecher für
Entwicklungspolitik
der Bundestagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen

uwe.kekeritz@bundestag.de

LINK

Kekeritz, U., et al., 2017:

Grün. Global. Gerecht. Eckpunkte einer nachhaltigen Entwicklungspolitik.
http://www.uwe-kekeritz.de/wp-content/uploads/2017/06/Gr%C3%BCn.-Global.-Gerecht._A5-Corporate-Design.pdf

Überschuldung durch Mikrokredite?

Laut wissenschaftlich fundierten Wirkungsstudien haben Mikrokredite kaum positive Auswirkungen auf Einkommen oder Konsum der Kreditnehmer. Einer der Gründe ist das Überschuldungsrisiko. Mikrokreditnehmer, die Zugang zu formalen Mikrofinanzinstituten haben, sind aber einem geringeren Überschuldungsrisiko ausgesetzt, wie eine neue Studie zeigt.

Von Oliver Schmidt

Die Aufnahme von Krediten impliziert eine optimistische Zukunftserwartung. Die Kreditnehmer gehen davon aus, dass sie in Zukunft genug Geld verdienen, um den geliehenen Betrag und die Zinsen zurückzahlen. Verhaltensökonomische Forschung zeigt, dass der Mensch zum „Über-Optimismus“ neigt. Wenn sich der Optimismus nicht erfüllt, fällt der Kredit entweder aus oder die Kreditnehmer müssen Wertgegenstände verkaufen oder ihren Konsum einschränken. Die Forschung zeigt, dass Mikrokreditnehmer oft ihren Alltagskonsum einschränken, um die Kreditrückzahlungen pünktlich zu leisten. Einschränkungen von Zigaretten oder gesüßtem Tee mögen zu-

mutbar erscheinen, reduzierte Mahlzeiten für schulpflichtige Kinder sicherlich nicht.

Kreditausfall war ein bestimmender Faktor in Mikrofinanzkrisen wie in Bolivien Ende der 1990er-Jahre, in Bosnien-Herzegowina und in Indien Ende der 2000er-Jahre und wird derzeit mit Sorge in Mexiko beobachtet. Kreditausfall bedeutet, dass die Mikrofinanzinstitute (MFI) auf faulen Krediten sitzen – also die Kreditrückzahlungen ausbleiben. Wenn dies in großem Maße passiert, kann Kreditausfall ein ganzes System zerstören. Mikrokredit als Gruppenkredit – wie durch die Grameen-Bank weltweit verbreitet – motiviert durch das Versprechen eines Anschlusskredits sowohl die Gruppenmitglieder als auch die Kreditbetreuer des MFI; ist also ein besonders anfälliges System.

Kreditausfall ist allerdings nicht gleichzusetzen mit Überschuldung. Zum Beispiel verweigerten Mikrokredit-Gruppenmitglieder in den oben genannten Krisen die Rückzahlung, nicht unbedingt weil sie überschuldet waren, sondern weil die Aussicht auf den Anschlusskredit schwand, weil das MFI Liquiditätsprobleme wegen der Kreditausfälle hatte.

Überschuldung in der Kreditnehmerperspektive ist bisher vor allem in qualitativen Studien indirekt gemessen worden. Einen exzellenten Überblick über diese Literatur bietet Roodman (2012). Es gibt zudem mehrere neuere Studien, die Überschuldung thematisieren.

VERHEERENDER UMSCHULDUNGSZYKLUS

Mader (2015) hat in einer ethnographischen Studie gezeigt, wie Überschuldung vietnamesische und indische Haushalte belastet. Kreditnehmer in weiteren Studien berichten, „unglücklicher zu sein als Leute ohne Kredit“ (Mader 2013). Diese Kreditnehmer sind meist Kunden der großen indischen Mikrofinanzanbieter, die nach dem Gruppenkreditmodell operieren. Mader argumentiert, dass diese Anbieter ihre Kunden in einen verheerenden Zyklus von Umschuldungen drücken – wobei der Kredit des einen Mikrofinanzanbieters zur Rückzahlung des anderen verwendet wird.

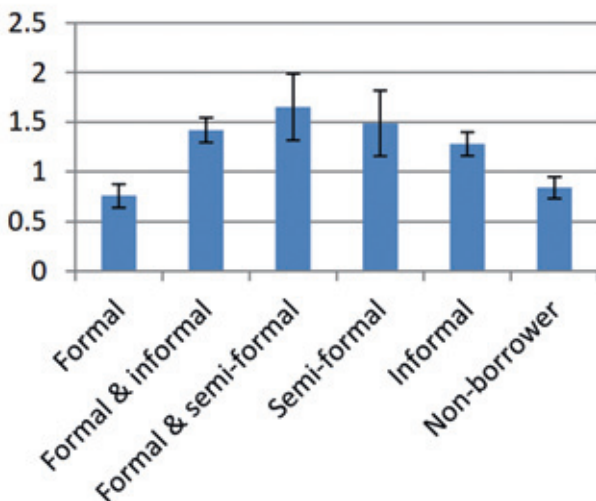
Umschuldungen sind unter Mikrokreditnehmern in der Tat gang und gäbe. Wie Mader haben auch andere Autoren dokumentiert, dass Kredite oft zur Rückzahlung anderer Kredite verwandt werden. Allerdings nimmt die moderne Mikrofinanzbewegung auch für sich in Anspruch, durch ihre Gruppenkredite die teureren Geldverleiher abzulösen. In solchen Fällen geht die Umschuldung mit verringerter Zinslast einher. Zahlen aus Indien stellen allerdings in Frage, ob der Anspruch der formalen MFI, die Geldverleiher zu vertreiben, systematisch erfüllt wird. Belege deuten eher darauf hin, dass das Geschäft der Geldverleiher parallel zu den MFI floriert.

Schicks (2013) hat einen innovativen Ansatz entwickelt, der Überschuldung in Form von Einschränkungen („sacrifices“) misst. Die Autorin unterscheidet zwischen strukturellen Einschränkungen mit langfristiger Wirkung, zum Beispiel dem Verkauf von Vermögen oder Umschuldung, und nicht-strukturellen, jedoch unakzeptablen Einschränkungen wie weniger und schlechtere Nahrung, verringerte Bil-



Mikrokredite können Fluch und Segen sein: Mikrofinanzinstitut in Kambodscha.

Durchschnitt des Stress-Index nach Kreditquellen



Die Grafik wurde auf Basis von Schicks' Messmethode in Form eines Index dargestellt: höhere Indexwerte entsprechen stärkerem Stress, eine andere Bezeichnung für Einschränkungen. (KfW, 2015, S.4).

dungsausgaben und medizinische Vorsorge. Haushalte mit mehr als drei übermäßigen Einschränkungen im Untersuchungszeitraum wurden als überschuldet eingestuft.

In einer quantitativen Haushaltsbefragung von über 500 Mikrokreditkunden in Ghanas Hauptstadt Accra wurde knapp ein Drittel als überschuldet eingestuft (Schicks 2013). Die KfW Entwicklungsbank, die viele MFI refinanziert, hat ebenfalls eine Studie zur Überschuldung in Uganda angestoßen. Während Schicks jedoch ausschließlich aktive Mikrokreditnehmer formaler MF-Anbieter auswählte, bezieht diese Studie Kreditnehmer verschiedener MFI ein. Dies erlaubt, die gemessene Überschuldung in Beziehung zur Kreditquelle zu setzen.

Heraus kam, dass Haushalte, die ausschließlich formelle Kredite unterhalten, sogar weniger Einschränkungen machten als jene, die gar keinen Kredit aufgenommen hatten. Deutlich mehr Einschränkungen erfahren jene Haushalte, die Kredite von mehreren Quellen erhalten – neben formellen auch von informellen oder semi-formellen MFI. Die meisten Einschränkungen machten jene Haushalte mit semi-formellen Kreditquellen.

Nicht jede Einschränkung ist ein Zeichen von Überschuldung. Vielmehr ist zu erwarten, dass Kreditnehmer hin und wieder Einschränkungen machen, wenn ihr Einkommen schwankt und eine Kreditrückzahlung ansteht. Wie die Grafik zeigt, machen selbst Haushalte ohne Kredit gelegentlich Einschränkungen. Einschränkungen, die die KfW (2015) als Stress bezeichnet, sind vielmehr ein plausibler Indikator für Überschuldung. Haushalte mit mehreren Kreditquellen machen entsprechend im Durchschnitt mehr Einschränkungen als solche mit nur einer Kreditquelle. Semi- und informelle Kreditquellen verursachen möglicherweise deshalb mehr Stress als formelle, weil Letztere in Uganda an das Kreditinformationsbüro berichten. Dadurch wird die Kredithöhe an die Zahlungsfähigkeit angepasst, was jedoch für semi- und informelle Kreditquellen nicht der Fall ist. Intuitiv schlüssig ist, dass Haushalte, die zusätzlich zu einem vorsichtig kalkulierten formellen Kredit einen weiteren, schwach geprüften Kredit hinnehmen, entsprechend Stress verspüren.

Organisationen wie KfW und GIZ, die am „institutionellen Setting“ von Mi-

krofinanzmärkten arbeiten, können sich durch die neuesten Ergebnisse zur Überschuldung bestätigt sehen. Institutionelles Setting beschreibt das Wechselspiel zwischen Regeln und Organisation. Wenn MFIs schnell wachsen und wenig Anreize haben, die Wirkungen ihrer Kreditvergabe robust zu messen oder ihr Angebot über Mikrokredite hinaus auszudehnen, und stattdessen eine laxe Rechenschaftspflicht haben, dann ist Überschuldung so gut wie zwangsläufig. Wenn aber die Wirkung fundiert gemessen wird und es entsprechende Regulierung gibt, etwa durch Kreditinformationsbüros, dann wird der Zugang zu Mikrokrediten einen soliden Beitrag zur menschlichen Entwicklung leisten.



OLIVER SCHMIDT

hat in Indien und Uganda in der Finanzsektorentwicklung gearbeitet. Seit Ende 2016 ist er als freier Berater

tätig und unterstützt unter anderem die ugandische Nichtregierungsorganisation New Africa Mindset Mentoring Institute (NEMMIA) beim Aufbau von ländlichen Spargruppen. oliver@iqpconsult.de

LITERATUR

Ausführliche Fassung dieses Beitrags, mit detaillierter Darstellung der verschiedenen Mess- und Studienmethoden von Überschuldung: http://www.researchgate.net/publication/315691028_Mikrofinanz_ohne_Hype

KfW Entwicklungsbank, 2015: Financial struggling in Uganda – Who struggles more and why? KfW Evaluation Update No. 2. https://www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Evaluierung/Themenbezogene-Evaluierungen/Nr2_Financial_Struggling_in_Uganda.pdf

Mader, P., 2013: Scheitern auf Raten. In: Max Planck Forschung 3/2013, S. 12-17. https://www.mpg.de/7540958/MPF_2013_3.pdf

Mader, P., 2015: The political economy of microfinance – financializing poverty. London et al: Palgrave MacMillan.

Roodman, D., 2012: Due diligence – an impertinent inquiry into microfinance. Brookings Institution Press.

Schicks, J., 2013: The sacrifices of micro-borrowers in Ghana – a customer protection perspective on measuring over-indebtedness. Journal of Development Studies, Vol. 49(9).

FINANZIERUNG

Förderung von Klein(st)-unternehmen in Afrika

Wie bedeutend der Zugang von Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen (KMU) zu angemessener Finanzierung für ein stabiles Wachstum und mehr Beschäftigung ist, steht außer Frage. Der Beitrag diskutiert, ob und in welchem Umfang Crowdfunding in Afrika zur Finanzierung von KMU eingesetzt werden kann.

Von Rolf Drescher

Für ein nachhaltiges, inklusives Wachstum mit der Schaffung einer ausreichenden Zahl neuer Jobs, die der rapide wachsenden jungen Bevölkerung eine sichere Lebensperspektive bieten, sind positive Rahmenbedingungen für neue und bestehende KMU essenziell. Rund 80 Prozent der Arbeitsplätze in Afrika entfallen auf Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen. Auch wenn es in

den einzelnen Ländern unterschiedliche Hindernisse für das Wachstum des Sektors gibt, besteht doch Einigkeit darüber, dass der fehlende Zugang zu Finanzdienstleistungen, insbesondere Krediten und Eigenkapitaleinlagen, länderübergreifend in allen afrikanischen Volkswirtschaften ein zentrales Problem ist.

Die zur Verfügung stehenden Daten zeigen klar, dass ein verbesserter Zugang von Unternehmen zu Krediten Wachstum und neue Jobs schafft. Auch die Agenda 2030 zieht in den SDGs 8 und 9 (gute Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum/Infrastruktur, Industrialisierung und Innovation) eine direkte Verbindungslinie zwischen der Förderung von KMU durch verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten und der Schaffung von Arbeitsplätzen mit Vollbeschäftigung und menschenwürdiger

Arbeit für alle. Innovative Politik- und Finanzierungsansätze sind gefragt. Das lenkt den Blick über den traditionellen Banken- und Finanzsektor hinaus auf Formen alternativer Finanzierung wie das Crowdfunding (siehe Kasten, S. 20).

Das rapide Wachstum des Crowdfunding-Sektors ist als globaler Trend belegt. 2015 betrug das weltweite Crowdfunding-Volumen 34,4 Milliarden Dollar. Damit hat sich der weltweit gecrowdfundete Betrag gegenüber 2014 (16,2 Mrd. Dollar) mehr als verdoppelt und gegenüber 2013 sogar verfünffacht (6,1 Mrd. Dollar). Nordamerika bildet den größten Crowdfunding-Markt, gefolgt von Asien und Europa. Die Angaben zu Afrika differieren stark und sind kaum belastbar. Klar ist aber, dass sich Afrika noch in der „Beta-Entwicklungsphase“ befindet und sich das Crowdfunding als Finanzierungsmechanismus noch nicht durchgesetzt hat.

Für 2015 wird für Afrika ein Crowdfunding-Volumen von 127 Millionen Dollar angegeben, wobei 94,7 Millionen Dollar über internationale und nur 32,3 Millionen über afrikanische Plattformen eingeworben wurden. Für 2016 werden 190 Millionen Dollar vorhergesagt. Nach anderen Quellen lag das Crowdfunding-Volumen 2015 ins-



Für kleine und mittlere Unternehmen können innovative Finanzierungsmöglichkeiten wie Crowdfunding existenzsichernd sein: Marktstände in Lusaka, Sambia.

Foto: sb

gesamt bei nur 83,2 Millionen Dollar, von denen 90 Prozent aus auf internationalen Plattformen gelaufenen Crowdfunding-Kampagnen stammen. Interessant ist, dass das Crowdfunding für Projekte in Afrika mit der überwiegenden Finanzierung durch Geldgeber aus dem globalen Norden dem traditionellen Muster der Entwicklungszusammenarbeit folgt.

Die Weltbank hat in einer 2013 veröffentlichten Studie ein Crowdfunding-Potenzial für Afrika von bis zu 2,5 Milliarden Dollar im Jahr 2025 errechnet. Der Gründer der südafrikanischen Crowdfunding-Plattform Thundafund, Patrick Schofield, äußert sich gleichermaßen zuversichtlich: „Crowdfunding has been a phenomenal driving force of creative development in the US and Europe. We believe that it can become an equally powerful force in Africa.“

CROWDFUNDING ALS CHANCE

Hype oder realistische Annahmen? Die Global Partnership for Financial Inclusion, ein Zusammenschluss aller G20-Länder, betont das Potenzial von Crowdfunding, stellt aber auch fest, dass es noch nicht genug Belege dafür gibt, dass Kunden, denen der Zugang zu Krediten fehlt, vom Crowdfunding profitieren.

Die Weltbank-Studie geht davon aus, dass Crowdfunding den Entwicklungsländern die Chance bietet, die traditionellen Kapitalmarktstrukturen und Finanzregulierungssysteme zu überspringen und Banken und andere Finanzinstitutionen zu komplementieren oder zu ersetzen. Die Frankfurt School of Finance & Management widerspricht dem: Das Banking sei stets die erste Phase der Finanzsektorentwicklung, erst darauf aufbauend könne das Crowdfunding die nächste Stufe der Finanzsektorentwicklung in hochentwickelten Volkswirtschaften sein. Das Crowdfunding-Potenzial in Entwicklungsländern sei deshalb sehr begrenzt, Crowdfunding sei keine Überholspur zur Finanzmarktentwicklung.

In den USA, Europa und in Asien hat sich Crowdfunding im Rahmen gut funktionierender Finanzmärkte auf der Basis klarer finanzrechtlicher Regelungen als komplementäres Angebot fest etabliert. Parallel dazu wurden spezielle Regelungen in Kraft gesetzt, die im Vergleich zu anderen Finanzierungsformen reduzierte regulative Anforderungen an das Crowdfunding stel-

len, gleichzeitig aber einen angemessenen Investorenschutz bieten. Zu nennen sind zum Beispiel der amerikanische „Jumpstart Our Business Startups (JOBS) Act“ oder das Kleinanlegerschutzgesetz in Deutschland.

Die Rahmenbedingungen in Afrika sind, sowohl was die Marktstrukturen und die Funktionsfähigkeit des Finanzsektors als auch was das politische und rechtliche Umfeld anbelangt, vollständig anders. Nach Angaben der UN haben aktuell (2016) nur drei afrikanische Staaten eine Crowdfunding Policy, kein afrikanischer Staat hat bislang spezifische Rechtsvorschriften erlassen. Auf der Basis einer Analyse des Crowdfunding-Sektors in Ostafrika kommt das Cambridge Centre for Alternative Finance zu der Schlussfolgerung, dass eine Regulierung des Crowdfunding verfrüht wäre. Es empfiehlt zur weiteren Marktentwicklung, zunächst die Erfahrungen der existierenden Crowdfunding-Plattformen systematisch zu erfassen und auszuwerten und in einem breit angelegten Dialog der Regulierungsbehörden mit den Wirtschaftsverbänden einen regionalen Regulierungsansatz zu entwickeln.

Klar ist, dass man den vom traditionellen Banken- und Finanzsektor nicht gedeckten Finanzierungsbedarf der KMU in Afrika (der von der Weltbank allein für Subsahara-Afrika auf 140 bis 170 Milliarden Dollar geschätzt wird) nicht mit der potenziellen Nachfrage nach Crowdfunding-Finanzierungsangeboten gleichsetzen kann. Ob und in welcher Form Crowdfunding in Betracht kommt, hängt von dem konkreten Projekt und der Art und Höhe der benötigten Finanzierung ab. Auf der Angebotsseite lässt sich die Bereitschaft, Finanzmittel über Crowdfunding-Plattformen zur Verfügung zu stellen, kaum einschätzen.

Um das Crowdfunding-Potenzial zur KMU-Finanzierung in Afrika auszunutzen, gibt es zwei Stellschrauben: zum einen die Entwicklung von nationalen afrikanischen Crowdfunding-Plattformen, zum anderen die Entwicklung und Nutzung von internationalen Crowdfunding-Plattformen zur Finanzierung von Projekten in Afrika (siehe Kasten, S. 21). Bislang gibt es nur eine relativ kleine Zahl nationaler afrikanischer Crowdfunding-Plattformen mit einem sehr geringen finanziellen Volumen. Ihr Potenzial liegt aber auf der Hand: Sie können für breitere Kreise der Bevölkerung, auch die wachsende Mittelschicht, Anlagemöglich-

keiten schaffen und so inländische Ressourcen mobilisieren. Dabei können sie, was für KMU von besonderer Bedeutung ist, die Finanzierung in lokaler Währung anbieten, auch als Lokalwährungsdarlehen.

Das liegt auf der Linie der Addis Ababa Action Agenda (AAAA), die 2015 auf der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung verabschiedet wurde: Die AAAA erwähnt Crowdfunding nicht explizit, spricht aber die Notwendigkeit der vermehrten Mobilisierung inländischer Ressourcen ebenso an wie die Notwendigkeit eines verbesserten Zugangs von KMU zu Krediten und einer Entwicklung innovativer Finanzierungsmechanismen.

Es ist schwierig, die weitere Entwicklung des Crowdfunding in Afrika vorherzusagen. Innovationen auf dem Finanzsektor brauchen Zeit. Neue disruptive Technologien stoßen auf Widerstand. Die Entwicklung eines afrikanischen Crowdfunding-Markts ist keine „cut-and-paste exercise“ des europäischen, asiatischen oder nordamerikanischen Markts. „Africanise Crowdfunding“ ist gefordert. Crowdfunding ist sicher nicht das alle Probleme ausräumende Wundermittel. Es scheint aber genügend Potenzial zu haben, um sich mittel- und langfristig als Teil eines Instrumentenmixes als wichtiger Baustein der KMU-Finanzierung zu etablieren.



ROLF DRESCHER
ist Referatsleiter im
Bundesministerium
für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und

Entwicklung (BMZ). Der Beitrag stellt seine persönliche Meinung dar und ist nicht dienstlich veranlasst.

rolf.drescher@t-online.de

LINKS

Deutsches Crowdfunding-Informationsportal:
<http://www.crowdfunding.de>.

Afrikanische Crowdfunding-Plattformen:
<http://www.changa.co.de>; <http://www.app.pesazetu.co>; www.thundafund.com; <http://www.startme.co.za>.

Internationale Crowdfunding-Plattformen mit Finanzierung von Projekten in Afrika:
<http://www.bettervest.com/de>; <http://www.crowd4climate.org>; <http://www.lendahand.com/en-de>; <http://www.bluebees.fr/en>; <http://www.jointrine.com>; <http://www.emergingcrowd.com>; <http://www.kiva.org>.

Was ist Crowdfunding?

Crowdfunding bezeichnet zunächst ganz allgemein einen Finanzierungsmechanismus, bei dem ein konkretes Projekt durch eine Vielzahl von Geldgebern finanziert wird. Als solcher ist Crowdfunding nicht neu. Auch in Afrika haben Formen der gemeinschaftlichen Finanzierung von Projekten zum Teil eine lange Tradition, wie zum Beispiel in Kenia die „Harambee“-Veranstaltungen zur Finanzierung sozialer Projekte oder in Ghana und Westafrika die informellen „Sou Sou“-Spargruppen.

Das heutige Crowdfunding wird dadurch charakterisiert, dass die zu finanzierenden Projekte in den sozialen Medien und im Internet mit potenziell globaler Reichweite beworben und die Mittel online über eine spezielle Internet-Crowdfunding-Plattform eingesammelt werden. Ein Bericht der Weltbank bezeichnet das Crowdfunding deshalb als „Online-Erweiterung“ traditioneller gemeinschaftlicher Finanzierungsformen. Zum anderen ist der Anwendungsbereich breiter geworden. Neben der Mobilisierung von Geldern für gemeinschaftsbezogene, soziale, karitative und kreative Projekte wird Crowdfunding zunehmend als Alternative zu den Banken zur Finanzierung von Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen (KMU) eingesetzt, insbesondere in deren Gründungsphase.

Allgemein hat sich die Unterscheidung von vier Grundtypen des Crowfundings durchgesetzt, die sich an der Gegenleistung, die die Geldgeber erhalten, orientiert:

- Das spendenbasierte Crowdfunding: Die Geldgeber unterstützen aus bürgerschaftlichem oder karitativem Engagement ein Projekt finanziell ohne Erwartung einer Gegenleistung. Es entspricht im Prinzip dem Fundraising gemeinnütziger Organisationen.
- Das gegenleistungs-basierte Crowdfunding: Die Unterstützer erhalten eine nicht-monetäre Gegenleistung für ihre finanzielle Unterstützung des Projekts. Typischerweise wird die Gegenleistung, abge-

stuft nach dem finanziellen Beitrag, aus den Projektergebnissen erbracht. Zur KMU-Finanzierung ist das gegenleistungs-basierte Crowdfunding vor allem auch in seiner „pre-sale“-Variante interessant, das heißt Einzahlung eines festgelegten Betrags für die Entwicklung und Herstellung eines Produkts, das die Geldgeber dann als Gegenleistung erhalten.

- Das kreditbasierte Crowdfunding: Die Geldgeber stellen ihren finanziellen Beitrag als Darlehen zur Verfügung. Als Gegenleistung erhalten sie den eingezahlten Darlehensbetrag zurück plus, soweit vereinbart,

den Zinssatz. Es entspricht funktionell der traditionellen Kreditvergabe.

- Das Crowdinvesting: Die Geldgeber beteiligen sich mit ihrem Beitrag am Eigenkapital des Unternehmens; die Gegenleistung hängt von der Art der Beteiligung ab. Im Grundsatz lassen sich zwei Typen unterscheiden, zum einen eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung in Form des Erwerbs von Anteilen an dem Unternehmen, zum anderen eine Beteiligung im Wege der Gewährung eines verzinslichen eigenkapitalähnlichen Darlehens (so genanntes Mezzanine-Kapital).



Entwicklung afrikanischer Crowdfunding-Plattformen

Wichtig bei der Entwicklung nationaler afrikanischer Crowdfunding-Plattformen ist, den zweiten Schritt nicht vor dem ersten zu machen. „Africanise crowdfunding“, „Think small“ und „Cooperate“ sind zentrale Leitplanken für die Marktentwicklung.

Africanise Crowdfunding heißt: lokale Crowdfunding-Plattformen mit angepasster Technologie für lokale Investitionen. Kein Bankkonto? Kein Problem! In vielen afrikanischen Ländern fehlt die klassische Infrastruktur zum Geldtransfer, Bankkonten und Kreditkarten sind noch eher die Ausnahme als die Regel. Um unter diesen Umständen eine breite Beteiligung am Crowdfunding zu ermöglichen, müssen Einzahlungen über mobile Zahlssysteme mit einem Geldtransfer via SMS (wie etwa den kenianischen Finanzdienst M-Pesa) ermöglicht werden. Die indische Crowdfunding-Plattform Ketto (<https://www.ketto.org>) arbeitet mit einem Kurierdienst zusammen, der Bareinzahlungen ab einem Mindestbetrag abholt.

Think Small heißt: ein Schritt nach dem anderen. In Nordamerika, Asien und Europa hat sich der Crowdfunding-Markt schnell stark ausdifferenziert und sehr komplexe Finanzierungsangebote für hohe Volumina generiert, die sich weit von dem ursprünglichen Crowdfunding-Ansatz entfernt haben. Das gilt insbesondere für das kreditbasierte Crowdfunding, das Crowdinvesting und das schnell wach-

sende Real Estate Crowdfunding. Diese Entwicklung ist kein Wegweiser für die Marktentwicklung in Afrika, schon allein wegen des Fehlens eines adäquaten institutionellen und rechtlichen Rahmens. Zur KMU-Finanzierung bedarf es zunächst nationaler Crowdfunding-Plattformen mit traditionellen Finanzierungsangeboten – als spenden-, gegenleistungs- und kreditbasiertes Crowdfunding – mit einer geringen Mindestbeteiligung in lokaler Währung.

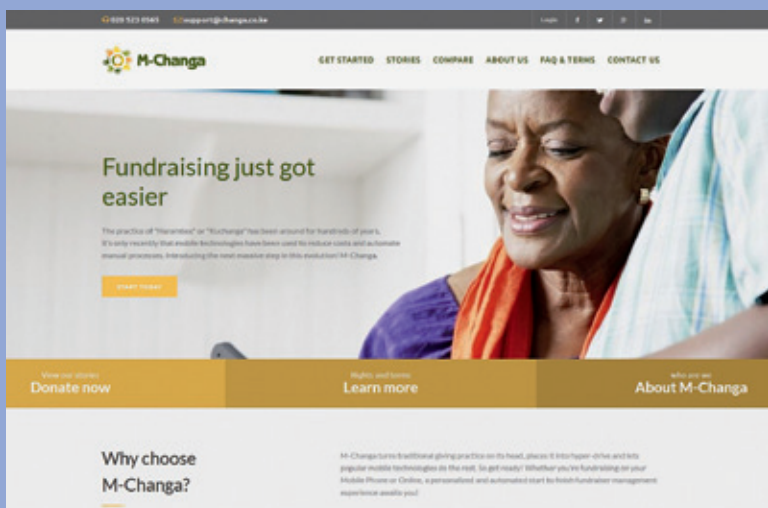
In den Blick muss man insbesondere auch die KMU nehmen, die für Mikrokredite zu groß und für traditionelle Bankenfinanzierung zu klein sind. Die kenianische Crowdfunding-Plattform M-Changa (<http://changa.co.ke>) bietet zahlreiche Beispiele: Finanzierung der Produktion eines „Afrosneakers“ (gesuchter Finanzierungsbeitrag: KES 350 000 (€ 3000), Gegenleistung: reduzierter Preis für die Sneakers); Finanzierung solarbetriebener Anlagen zur Steigerung der Produktion eines landwirtschaftlichen Betriebs / Weiterverarbeitung von Früchten (gesuchter Finanzierungsbeitrag: KES 350 000 (€ 3000), Gegenleistung: Marmeladengläser aus der geförderten Produktlinie); Finanzierung der Produktion mit sauberer Energie zu betreibender Kochherde (gesuchter Finanzierungsbeitrag: KES 1,5 Mio. (€ 14 000), Gegenleistung: reduzierter Preis für den Kochherd). Andere interessante afrikanische Plattformen sind PezaZetu (Ke-

nia) und Thundafund / StartMe (beide Südafrika).

Cooperate heißt: Zusammenarbeit mit Partnern auf allen Ebenen bei der Marktentwicklung. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit gibt es viele Ansatzpunkte, Crowdfunding als Instrument der KMU-Finanzierung zu fördern. Eine fachliche Unterstützung des KMU bei Planung und Durchführung des zu finanzierenden Projekts und/oder eine finanzielle Beteiligung werden von potenziellen Geldgebern zweifelsfrei als vertrauensbildend und risikomindernd eingestuft. Organisationen können sich zum Beispiel an der Finanzierung eines Projekts in der Weise beteiligen, dass sie den gecrowdfundeten Betrag aufstocken. Die gecrowdfundete Darlehens- oder Beteiligungssumme kann nach dem Modell strukturierter Finanzierung in unterschiedliche Risikotanchen aufgeteilt werden, wobei die Organisation die risikoreichste Tranche übernimmt, um so für andere Anleger das Risiko zu minimieren und einen Investitionsanreiz zu schaffen. Gleichmaßen kann eine „First loss protection“ ge-

währt werden, mit der bei Zahlungsausfall ein bestimmter Prozentsatz übernommen wird. Es ist allerdings darauf zu achten, dass durch die Einbindung von Entwicklungsorganisationen Marktmechanismen und die in der Investitionsbereitschaft der Crowd abgebildete Einschätzung der finanziellen Viabilität des Projekts nicht außer Kraft gesetzt werden.

Ein erhebliches Potenzial für die Finanzierung afrikanischer KMU haben auch internationale Plattformen mit entsprechenden Finanzierungsangeboten. Diese können auch komplexere Finanzprodukte und Kapitalbeteiligungen anbieten. Eine Reihe von Plattformen spricht gezielt die afrikanische Diaspora an, bei der eine höhere Bereitschaft zu Investitionen in Afrika und ein großes Finanzierungspotenzial gesehen wird. Interessante Beispiele – mit sehr unterschiedlichen Geschäftsmodellen – sind die Plattformen Bettervest (Deutschland), Crowd4Climate (Österreich), Lendahand (Niederlande), Blue Bees (Frankreich), Trine / Emergingcrowd (beide UK) und Kiva (USA).



MÜTTERGESUNDHEIT

Warum Paramedics und Hebammen wichtig sind

Die zivilgesellschaftliche Gesundheitsorganisation Gonshasthaya Kendra (GK) in Bangladesch hat gezeigt, dass Müttersterblichkeit deutlich gesenkt werden kann. Zentraler Ansatzpunkt ist, dass jede Schwangere kompetente Hilfe erhält – wenn auch nicht unbedingt von ausgebildeten Medizinerinnen.

Von Manzur Kadir Ahmed

Als Koordinator und Vorstandsvorsitzender von GK bin ich zuversichtlich, dass wir noch vor 2030 das globale Ziel für nachhaltige Entwicklung erreichen werden und weniger als 70 Todesfälle bei werdenden Müttern auf 100 000 Geburten kommen.

Unsere Organisation versorgt etwa 1,2 Millionen Menschen in ganz Bangladesch. Wir arbeiten auf dem Land wie in städtischen Gebieten und bemühen uns insbesondere um arme und benachteiligte Gruppen. Diese sind nicht repräsentativ für unser Land, aber unsere Erfahrungen sind relevant.

GK ist im Grunde der Prototyp eines auf dem Solidaritätsprinzip basierenden nationalen Gesundheitsdienstes, wie ihn gering entwickelte Länder wie Bangladesch benötigen (siehe Rezaul Hoque in D+C/E+Z e-Paper 2017/05, S.28, und Druckausgabe 2017/05–06, S.20). Unsere Patienten aus unterschiedlichen Schichten zahlen unter-

schiedlich viel für ihre Behandlung, sodass alle, die zu uns kommen, zuverlässig und bezahlbar versorgt werden können. Wir erreichen die Ärmsten unseres Landes.

Das Rückgrat unseres Systems sind die Paramedics. Wir bilden sie selbst aus, um sicherzugehen, dass sie gut geschult und auf dem aktuellen Stand sind. In Bangladesch gibt es schlicht nicht genügend ausgebildete Ärzte. Wir sehen Gesundheitsversorgung als universelles Menschenrecht – jeder muss Zugang dazu haben (siehe Interview mit GK-Gründer Zafrullah Chowdhury in D+C/E+Z 2012/03, S. 126). Auch reproduktive Gesundheit ist für GK zentral, daher fördern wir seit langem Familienplanung und die Vergabe von Verhütungsmitteln. Die Regierung hat viele unserer Maßnahmen kopiert.

Unsere Paramedics sind meist junge Frauen mit acht bis 12 Jahren Schulbildung. Es gibt mehr als 40 GK-Gesundheitszentren, die mit Unterstützung von sechs Krankenhäusern über 630 Dörfer versorgen. Jede Familie, die GK-Mitglied ist, wird einmal monatlich von einem Paramedic besucht, bei Bedarf auch häufiger. Die Paramedics fördern die reproduktive Gesundheitsvorsorge und unterstützen bei der Familienplanung:

- Schwangere Frauen werden registriert und von Anfang an betreut. Die Paramedics messen Gewicht, Größe und Blutdruck der Frauen, testen sie auf Ödeme, Gelbsucht, Anämie und Diabetes und untersuchen ihre Augen, Ohren und Zähne sowie Bewegungen und Herzklänge der Föten.
- Sie verteilen Eisen- und Kalziumtabletten und impfen die Schwangeren gegen Tetanus. Um die Kindersterblichkeit zu reduzieren, impfen sie Säuglinge gegen Diphtherie, Keuchhusten, Tetanus, Polio, Tuberkulose und Masern.
- Sie identifizieren Mütter mit erhöhtem Risiko und verweisen sie an medizinisches Fachpersonal. Sie stehen unter besonderer Beobachtung. Wenn nötig, kommen die Babys in den GK-Krankenhäusern per Kaiserschnitt zur Welt.



Vorsorgeuntersuchung im Dorf: GK-Paramedic testet die Urinprobe einer schwangeren Frau.

- Die Paramedics klären Familien über eine gesunde und ausgewogene Ernährung auf.
- Sie sprechen mit Familien und Gemeinden über mögliche Ursachen von Müttersterblichkeit und deren Prävention.
- Sie berichten der Zentrale detailliert über alle Fälle; so konnte GK über Jahrzehnte hinweg umfangreiche Statistiken erstellen.

GK-Mitarbeiter überprüfen regelmäßig die Arbeit der Paramedics sowie die Statistiken und Feldberichte, um hochwertige Dienstleistungen zu ermöglichen. Vor- und nachgeburtliche Betreuung ist immens wichtig, denn die Mütter spielen eine zentrale Rolle in den Familien und der Gesellschaft.

GK kooperiert auch mit traditionellen Geburtshelfern und sorgt dafür, dass sie auf dem neuesten Stand sind. Jede Geburt sollte von einer erfahrenen Fachkraft betreut werden; riskante Geburten sollten im Krankenhaus stattfinden. Allerdings ist es in einem gering entwickelten Land wie Bangladesch

unmöglich, dass alle Babys in Kliniken zur Welt kommen. Daher sind gut ausgebildete Paramedics und Hebammen gefragt.

Wir glauben an gemeinschaftliches Handeln und beziehen die lokale Bevölkerung ein. Wenn ein Säugling oder eine Mutter gestorben ist, sprechen wir darüber in der Gemeinschaft, um daraus zu lernen. So wollen wir unsere Dienste, aber auch häusliche und gemeinschaftliche Maßnahmen verbessern. Gesundheitserziehung ist gerade in den Dörfern enorm wichtig.

In den letzten Jahrzehnten hat Bangladesch gute Fortschritte bei der Senkung der Müttersterblichkeit gemacht. Aber das reicht noch nicht. Das Land konnte die Zahl der Todesfälle pro Lebendgeburten von 1990 bis 2015 um fast zwei Drittel verringern. Allerdings sah das entsprechende Millenniumsentwicklungsziel (MDG) eine Reduzierung um 75 Prozent vor. Der Regierung zufolge starben im Jahr 2015 pro 100 000 Geburten 181 Mütter – die MDG-Marke betrug 143 pro 100 000. Bei den GK-Patientinnen waren es 141 pro 100 000

(konkret: Wir haben 18 Todesfälle pro 12 731 Lebendgeburten dokumentiert).

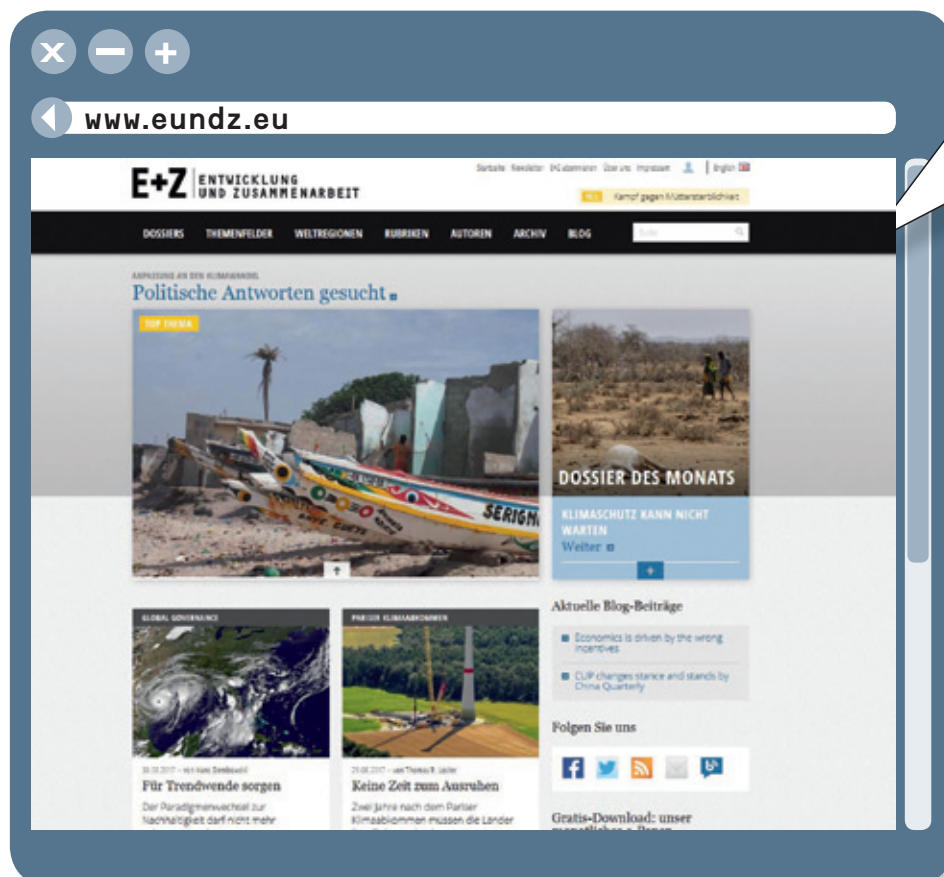
Auch das Teilziel – die Hälfte aller Geburten von qualifizierten Mitarbeitern betreuen zu lassen – hat Bangladesch 2015 noch nicht erreicht. Der Anteil betreuter Geburten stieg seit 1990 von fünf Prozent auf 40 Prozent im Jahr 2015. Auch das ist gut, reicht aber noch nicht aus. Wir müssen noch mehr machen. Auf jeden Fall versorgen wir unsere Mitgliedsfamilien systematisch. Die Zahlen zeigen, dass die MDGs greifbar nah zu erreichen sind. Natürlich ist das SDG zur Müttersterblichkeit noch ambitionierter. Wir glauben aber, dass es zu schaffen ist. GK wird es erreichen – unser Land hoffentlich auch.



MANZUR KADIR AHMED
ist Koordinator und
Vorstandsvorsitzender von
Gonossthaya Kendra (GK)
und ausgebildeter Arzt.

gkhealth.org@gmail.com

<http://www.gonossthayakendra.com/>



**Besuchen Sie
unsere Website
unter www.EundZ.eu**



Klimaschutz eilt

Klimaschutz und Anpassung an den Treibhauseffekt sind die wichtigsten Aufgaben, die sich der Weltgemeinschaft heute stellen. Wenn sie nicht angemessen gelöst werden, werden sich alle anderen großen Probleme weiter verschärfen. Vor dem Klimagipfel im November in Bonn haben wir Experten um eine Einschätzung der Lage gebeten.



Klimaschutz wirklich umsetzen

2015 zeigte sich die Welt in Paris geeint und forderte mit Nachdruck Klimaschutzmaßnahmen. Die Verabschiedung des Pariser Abkommens brachte frischen Wind in das politische Momentum. Der diplomatische Erfolg in Paris sollte uns dennoch nicht für das Ausmaß der noch vor uns liegenden Aufgaben blind machen.

Von Gebru Jember Endalew

2016 war das wärmste Jahr seit der Wetteraufzeichnung. In dem Jahr haben schwere Dürren mein Heimatland Äthiopien und viele andere Länder in Ostafrika heimgesucht. Tausende von Viehhaltern haben ihre kostbaren Tiere verloren und wurden zur Flucht gezwungen.

In Bangladesch wird zunehmend das Trinkwasser knapp, weil immer mehr Salzwasser ins Landesinnere dringt und die Not der 2,5 Millionen Menschen verschlimmert, die ohnehin schon unter Frischwasserknappheit leiden (siehe Beitrag von Feisal Rahman in E+Z/D+C e-Paper 2017/4, S. 22, und D+C/E+Z Druckausgabe 2017/05-06, S. 30). Wetterextreme wüten zerstörerisch in immer mehr Ländern, darunter Vanuatu,

das dieses Jahr von dem schlimmsten Mai-Zyklon der südlichen Hemisphäre seit der Wetteraufzeichnung getroffen wurde.

Ereignisse wie diese geschehen immer häufiger auf der ganzen Welt. Sie sind ein Alarmzeichen, das darauf hindeutet, was uns bevorsteht, wenn wir so weitermachen wie bisher. Die am wenigsten entwickelten Länder (least developed countries – LDCs) sind besonders gefährdet, obwohl sie am wenigsten Treibhausgase ausgestoßen haben.

Laut einem Bericht der World Meteorological Association sind die globalen Temperaturen bereits um bedenkliche 1,1 Grad über vorindustriellem Niveau gestiegen. Wenn wir nicht gegensteuern, werden die Temperaturen schätzungsweise auf 2,6 bis 4,8 Grad bis Ende dieses Jahrhunderts steigen.

Die globale Erwärmung verläuft nicht gleichmäßig. Afrika beispielsweise erwärmt sich 1,5 Mal schneller als der globale Durchschnitt laut dem Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Ein globaler Temperaturanstieg von 2 Grad würde einen Anstieg von 3 Grad in Afrika bedeuten, was weitere extreme Dürren und verlorene Lebensgrundlagen nach sich zöge.

Als Meteorologe kann ich einschätzen, welche verheerenden Folgen ein solcher Temperaturanstieg hätte. Der britische Wissenschaftler Kevin Anderson meint, dass ein Anstieg von vier Grad „sich nicht mit einer organisierten globalen Gemeinschaft vereinbaren ließe, man sich wahrscheinlich nicht anpassen könne, die meisten Ökosysteme zerstört würden und der Anstieg mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht stabil wäre“.

Als Vater ist das nicht die Zukunft, die ich mir für meine Kinder wünsche. Als Mensch ist es nicht die Zukunft, die ich mir für mein Land oder die Welt vorstelle.

Dennoch ist das die Zukunft, auf die wir derzeit zusteuern. Trotz des internationalen Konsenses, der in Paris erreicht wurde, bedeuten die heutigen Verpflichtungen der Länder keinen Weg in eine sichere Zukunft. Schätzungen zufolge würde sich die Welt, auch wenn aktuelle Versprechen umgesetzt werden, immer noch um 3,5 Grad bis zum Ende des Jahrhunderts erwärmen. Die Versprechen sind nicht ausreichend, das in Paris gesteckte Ziel der internationalen Gemeinschaft zu erreichen, „den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad über dem vorindustriellen Level zu begrenzen“.

Um für heutige und zukünftige Generationen einen sicheren Planeten zu gewährleisten, ist es unabdingbar, dass wir die Worte des Abkommens schleunigst in

Wegen der globalen Erwärmung haben tausende Viehhalter in Äthiopien ihre Tiere verloren und wurden zur Flucht gezwungen.



konkrete Handlungen umsetzen, die unsere Welt schützen.

Die LDCs erfüllen ihren Teil und haben im Zuge des Paris-Abkommens ambitionierte Pläne geschmiedet, die viele Versprechen enthalten, um den Klimawandel zu begrenzen. Diese beinhalten mehr als ihren fairen Anteil an den erforderlichen globalen Anstrengungen. Die LDC Renewable Energy and Energy Efficiency Initiative for Sustainable Development, kurz LDC REEEI, soll die Verpflichtungen in konkrete Maßnahmen umsetzen. Die Initiative soll Millionen unterversorgten Menschen Zugang zu nachhaltiger, sauberer Energie bringen, Jobs schaffen und zum Erreichen der Sustainable Development Goals (SDGs) beitragen. LDC REEEI ist eine von vielen Initiativen, die den Zugang zu Energie in LDCs und anderen Entwicklungsländern unter Federführung der Global Partnership on Renewable Energy and Energy Efficiency fördert.

Bislang verursachen die LDCs nur einen kleinen Anteil an den globalen Emissionen. Die Welt kann aber nur in eine sichere Zukunft gelenkt werden, wenn alle Länder konsequent ihre Verantwortung für den Klimawandel übernehmen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten agieren. Das Paris-Abkommen spiegelt diese Realität wider und erkennt an, dass eine effektive Antwort auf den Klimawandel eine holistische sein

muss, die die Interessen aller Menschen auf der Welt berücksichtigt.

Zusätzlich zu den Klima- und Anpassungszielen einigte sich die internationale Gemeinschaft in Paris darauf, die „Adaptionsfähigkeit zu verbessern, die Resilienz zu stärken und die Verletzlichkeit gegenüber dem Klimawandel zu reduzieren“. Einem alleinstehenden Artikel im Abkommen über Verluste und Schäden wurde ebenso zugestimmt. Er spiegelt die harte Realität wider, dass auch bei raschem Handeln die bereits ausgestoßenen Emissionen weitere Auswirkungen mit sich bringen werden, an die sich die LDCs und andere Länder nicht anpassen können.

Das Pariser Abkommen erkennt auch an, dass alle Länder die entsprechenden Mittel brauchen, um dem Klimawandel effektiv begegnen zu können. LDCs und anderen Entwicklungsländern fehlen häufig die Kapazitäten, um die Infrastruktur zu entwickeln, um Emissionen zu reduzieren und um die Bevölkerung vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen. Deshalb bekräftigt das Abkommen die Verpflichtung der Industrieländer, Entwicklungsländern finanzielle, technologische und kompetenzfördernde Hilfe zu gewährleisten.

Dennoch gibt es eine große und beständige Lücke zwischen den benötigten und den tatsächlich bereitgestellten Ressourcen. Schätzungen zufolge benötigen Entwick-

lungsländer 4 Billionen Dollar, um die Pläne, die sie im Zuge des Paris-Abkommens gemacht haben, umzusetzen. Derzeit sind 10,3 Milliarden Dollar vom Green Climate Fund mobilisiert. Andere Quellen wie der Least Developed Countries Fund sind praktisch leer.

DAS PARISER ABKOMMEN VORANTREIBEN

Die 23. UN-Klimakonferenz (COP23) im November in Bonn bietet die Möglichkeit, die Diskussion voranzutreiben, um diese Lücken zu füllen. Diese multilateralen Treffen bieten die Plattform für Länder, Wissen auszutauschen und gemeinsam an der Umsetzung der Ziele und Verpflichtungen des Paris-Abkommens wie der oben angesprochenen LDC REEEI zu arbeiten.

In den Verhandlungen wird die LDC-Gruppe weiter auf ein konkretes Regelwerk zur Implementierung des Pariser Abkommens dringen. Dieses beinhaltet die Forderung nach Transparenz und Rechenschaftspflicht der Länder, indem ihre Reduktionsziele und zukünftigen Maßnahmen öffentlich überprüft werden. Auf der COP23 müssen wir die Regeln zur Umsetzung der Maßnahmen wesentlich vorantreiben, damit wir über Diskussionen zum Prozedere hinaus zu konkreten Ergebnissen kommen.

Der Klimawandel ist zweifelsfrei die größte kollektive Bedrohung der Menschheit. Ihn zu stoppen benötigt eine globale Antwort, die ambitiös und fair zwischen den Ländern verteilt ist und die Ärmsten und Verletzlichsten der Welt schützt. Um das zu erreichen, bleibt weltweit viel zu tun. Länder müssen ihre Treibhausgase schleunigst reduzieren, um eine weitere Erwärmung zu verhindern. Den LDCs und anderen Entwicklungsländern muss adäquate Hilfe gewährleistet werden, um die besonders verletzlichen Gemeinschaften zu schützen.

Wir müssen die Umsetzung der in Paris definierten Ziele nüchtern evaluieren und unsere Handlungen entsprechend anpassen, wenn wir unseren Planeten und unsere Zukunft sichern wollen. Das Fortbestehen der Menschheit steht auf dem Spiel und wir müssen gemeinsam daran arbeiten, eine glückliche Zukunft für uns alle zu garantieren.

Auch Entwicklungsländer sollten auf erneuerbare Energien setzen: Photovoltaik-Paneele in Südafrika.



GEBRU JEMBER ENDALEW
ist Vorsitzender der Least Developed Countries Group im UNFCCC-Prozess.
ldcchair.ethiopia@gmail.com

Afrika handelt

Afrika ist der von den Folgen des Klimawandels am stärksten bedrohte Kontinent. Seine Länder haben daran mitgewirkt, das Pariser Übereinkommen zustande zu bringen, und sind entschlossen, ihre Beiträge zu Klimaschutz und -anpassung zu leisten. Ihnen steht Unterstützung von den Nationen zu, die den Treibhauseffekt verursacht haben. Die Geberregierungen müssen sicherstellen, dass von 2020 an wie versprochen jährlich mindestens 100 Milliarden Dollar fließen.

Von Anthony Nyong

25 Jahre nach dem Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 bleibt für viele afrikanische Länder nachhaltige Entwicklung ein fernes Ziel. 2015 sollten die Millenniumsentwicklungsziele erreicht werden – aber 70 Prozent der Afrikaner hatten noch immer keine zeitgemäßen Toiletten, 41 Prozent mussten mit der Kaufkraft von weniger als einem Dollar pro Tag auskommen und 33 Millionen der 57 Millionen Kindern weltweit, die im Grundschulalter nicht zum Unterricht gingen, lebten südlich der Sahara.

Angesichts solch harter Daten gab es 1015 neue Selbstverpflichtungen. Die UN beschlossen die Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung und vereinbarten das Pariser Übereinkommen der Klimarahmenkonvention (UNFCCC – UN Framework Convention

on Climate Change). Zudem verabschiedete die Afrikanische Union die Agenda 2063. Sie ist ein strategischer Rahmen für sozio-ökonomischen Wandel in den nächsten 50 Jahren und greift bestehende Initiativen beschleunigend auf.

Das Pariser Übereinkommen soll alle Länder auf einen CO₂-armen, klimaverträglichen Entwicklungspfad lenken. Zwei Jahre später gilt es nun zu prüfen, ob wir auf dem richtigen Weg sind

DAS ÜBEREINKOMMEN VON PARIS

Das Übereinkommen von Paris gibt den Mitgliedsländern große Flexibilität bei der Wahl ihrer Beiträge zur Klimapolitik. Sie handeln freiwillig und waren aufgefordert, ihre beabsichtigten, nationalbestimmten Maßnahmen (Intended Nationally Determined Contributions – INDCs) vor der 21. Vertragsstaatenkonferenz (Conference of Parties – COP) der UNFCCC in Paris Ende 2015 anzumelden. Von 54 afrikanischen Ländern kamen 53 dieser Aufgabe für die Annahme des Abkommen rechtzeitig nach. Seither haben mehr als die Hälfte der afrikanischen Länder den Vertrag ratifiziert und so dazu beigetragen, dass er viel schneller als erwartet in Kraft trat. Auch dass mittlerweile National Determined Contributions (NDCs) verabschiedet wurden, belegt das

große Interesse an einem neuen globalen Klimaregime.

Zusammengenommen ergeben alle NDCs eine Strategie der Entwicklungsländer, ihre Volkswirtschaften und Einkommensquellen nachhaltiger zu machen. Es geht darum, sofort zu klimafreundlichen, CO₂-armen Lebensweisen überzugehen.

Afrikanische NDCs setzen Schwerpunkte. Was Anpassung angeht, sind Landwirtschaft, Landnutzung und Wälder, Wasser, Energie, Feuchtgebiete und Infrastruktur die wichtigsten Themenfelder. Was Klimaschutz angeht, richtet sich die Aufmerksamkeit vor allem auf Energie, Landnutzung und Wälder, Landwirtschaft, Abfall, Industrie und Verkehr.

Entwicklungsländer haben zwei Arten von INDCs. Die erste Art ist an keine Bedingung geknüpft und soll mit ländereigenen Mitteln erreicht werden. Die zweite Art ist dagegen nur mit angemessener Unterstützung erreichbar. Mit Blick auf Geld, Technik und Capacitybuilding verdienen Entwicklungsländer Hilfe von den Industrieländern sowie von bereits weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländern. Diejenigen, die die globale Erwärmung verursacht haben, müssen diejenigen unterstützen, die wegen ihr leiden.

Unterstützung ist wichtig. Mehrere Staaten nutzen ihre NDCs auch schon als Richtlinien ihrer gesamten Politik und verwirklichen ihre bedingungslosen NDCs. Als gewiss verwundbarste Weltregion spürt Afrika die Folgen des Klimawandels bereits.

Leider hat Afrika bis 2016 aber nur drei Prozent der weltweit verfügbaren Klimafinanzierung bekommen. Weil für die Klimapolitik kaum internationales Geld geflossen ist, verdrängen klimabezogene Ausgaben in afrikanischen Staatshaushalten nun andere Posten. Eine schwere Dürre erfasste kürzlich das südliche Afrika. Deswegen musste Mosambik den Gegenwert von 13 Millionen Dollar für Katastrophenhilfe umwidmen. Das Land steht zudem nun vor einer Finanzlücke von 191 Millionen Dollar. Lesotho hat 12 Millionen Dollar aus dem Entwicklungsetat in die Bewältigung der Dürre gesteckt. Voraussichtlich wird seine Wirtschaftsleistung zudem um ein Prozent sinken. Auch andere afrikanische Länder leiden unter den heftigen Auswirkungen des Klimawandels.

Beim Pariser Klimagipfel starteten Afrikas Staats- und Regierungschefs zwei wichtige Initiativen: Die Africa Renewable

Afrika braucht erneuerbare Energie sofort: Windfarm in der Nähe des Great Rift Valley in Kenia.



Energy Initiative (AREI) und die Africa Initiative on Adaptation (AIA). AREI soll den Weg zu grünem Wachstum bahnen. Geberländer versprochen 10 Milliarden Dollar für die Umsetzung von Projekten für erneuerbare Energie in Afrika. Zwei Jahre später ist aber immer noch kein Geld für konkrete Vorhaben an die AREI geflossen. Auch AIA wartet für die Implementierung noch auf Zahlungen. Eine erfolgreiche AIA könnte viel dazu beitragen, die aktuelle, klimabedingte Hungerkrise in Afrika einzudämmen.

Leider ist es recht still um die Bereitstellung von Mitteln für die zweite Art der NDCs von Entwicklungsländern geworden. Schätzungen zufolge wird Afrika bis 2030 mindestens 2700 Milliarden Dollar für Klimaschutz und weitere 488 Milliarden für Anpassung brauchen. Angesichts des gewaltigen Bedarfs erscheint das langfristige Geberziel, jährlich mindestens 100 Milliarden zu mobilisieren, als bloßer Tropfen im Ozean.

Ohne konzertiertes Handeln werden wir die Chance verpassen, gefährliche Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern. Die Gelegenheit geht schnell vorbei, denn je mehr nachhaltige, langlebige Strukturen für die Energieversorgung, die Industrie und das Transportwesen entstanden sind, desto

schwerer fällt das Umsteuern. Zudem macht das Bevölkerungswachstum Druck. 2050 werden 2,2 Milliarden Menschen in Afrika leben – 80 Prozent mehr als heute. Dass Produktion und Konsum entsprechend steigen müssen, betrifft alle Afrikaner.

Mehrere Initiativen wurden für die Implementierung von NDCs in Entwicklungsländern gestartet. Ein Beispiel ist die NDC Partnership, die von Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Dänemark und Britannien finanziert wird. Sie wurde voriges Jahr beim Klimagipfel in Marrakesch gestartet, hat 58 Mitgliedsländer und wird von den multilateralen Entwicklungsbanken und UN-Institutionen unterstützt. Die Partnerschaft richtet sich an die Ministerien in Entwicklungsländern, die für internationale Klimapolitik oder die nationale Wirtschafts- und Entwicklungsplanung zuständig sind. Sie ermöglicht diesen bereits, auf Datenbanken und Instrumente zuzugreifen, um ihre NDCs voranzubringen und Finanzquellen zu erschließen.

Die Agence Française de Développement hat zudem eine neue Faszilität mit 30 Millionen Dollar geschaffen, um die NDC-Implementierung in Entwicklungsländern zu unterstützen. Sie wird helfen, die nati-

onale Klimapolitik zu verbessern und die NDCs zu verwirklichen. Sie bietet unter anderem Capacitybuilding für alle Akteure an allen Orten an. Sie soll zudem helfen, in der Politik für einzelne Sektoren die NDCs zu berücksichtigen und konkretes, klimarelevantes Handeln ermöglichen. Die Faszilität soll transformative Klimapolitik mit Schwerpunkt Anpassung ermöglichen. Entschieden wird aufgrund sorgfältiger Analysen der Verwundbarkeiten, der Anpassungsoptionen und der Möglichkeiten, Risiken zu kontrollieren.

Beide Initiativen sind gut. Sie werden für afrikanische Länder nützlich sein.

ES IST MEHR NÖTIG

Aus afrikanischer Sicht sind vier Dinge wesentlich:

- Die Ratifizierung der Pariser Übereinkunft ist nur der wichtige erste Schritt, um dem Klimawandel gerecht zu werden. Die Länder, die sie noch nicht ratifiziert haben, müssen das noch tun – besonders, falls ihre Emissionen hoch sind. Zudem müssen alle Länder ihre NDCs auch verwirklichen, denn die NDCs sind der eigentlich Motor des Abkommens. Der Ausstieg der USA ist sehr ent-

Die Rolle der Afrikanischen Entwicklungsbank

Der Climate Change Action Plan der Afrikanischen Entwicklungsbank (African Development Bank – AfDB) sieht mehrere Initiativen vor. Die Bank will sicherstellen, dass Afrika – ein Kontinent, der unter den verheerenden Folgen des Treibhauseffekts leidet – bei der Klimafinanzierung nicht zu kurz kommt.

Die AfDB hilft afrikanischen Staaten, ihre national bestimmten Beiträge (NDCs) zur Klimapolitik, die sie im Rahmen

des Pariser Abkommens festgelegt haben, zu verwirklichen. Sie ermöglicht ihnen auch den Zugang zur weltweiten Klimafinanzierung. Die Bank hat versprochen, jährlich 40 Prozent ihrer Mittel klimarelevanten Vorhaben zukommen zu lassen. Obendrein investiert sie 12 Milliarden Dollar eigener Mittel in die Energieversorgung. Es ist zu erwarten, dass sie auf diese Weise von weiteren Partnern weitere 50 Milliarden mobilisieren wird. Diese Herangehensweise

zeugt von der Entschlossenheit der multilateralen Finanzinstitution, Afrikas Übergang zu klimaverträglicher, CO₂-armer Entwicklung zu fördern.

Unter anderem richtet die AfDB derzeit den Africa Regional NDC Hub ein. Er soll:

- als Datenbank aktueller und geplanter Vorhaben dienen,
- mögliche Finanzquellen aufzeigen,
- den Austausch von Wissen und Lösungen organisieren,
- Capacitybuilding betreiben (auch mit Blick auf Gesetzgebung),
- Technologietransfer fördern, damit die Chancen der fallenden Kosten von erneuerbaren Trägern ergriffen werden,

- den umfassenden Umstieg auf Erneuerbare voranbringen,
- das Handeln diverser Partner und Parteien dokumentieren,
- Finanztransaktionen verfolgen und darüber berichten sowie
- ein Investmentforum zur Entwicklung kreditwürdiger Vorhaben schaffen.

Die AfDB fühlt sich verpflichtet, der Pariser Übereinkunft zum Erfolg zu verhelfen. Klimawandel ist die größte Herausforderung, vor der Afrika steht. Wenn wir ihm nicht richtig begegnen, wird er alle anderen Probleme noch schlimmer machen.

täuschend, denn er sendet Schwellenländern das falsche Signal bezüglich der nötigen Reduktion von Klimagasen. Hoffentlich werden die Spitzenpolitiker anderer Industrieländer die USA wieder zurück an Bord holen, damit diese im Kampf gegen den Klimawandel eine Führungsrolle übernehmen.

- Afrika bittet nicht um milde Gaben. Der Kontinent erwartet, dass die hochentwickelten Staaten, die das Problem verursacht haben, ihre Pflicht zur Unterstützung verwundbarer Länder erfüllen. Das wichtigste Versprechen ist, von 2020 an für Klimaschutz und -anpassung jährlich 100 Milliarden Dollar an staatlichen und privaten Mitteln bereitzustellen. Dieser Betrag wurde bei der COP in Kopenhagen vereinbart. Das ist das Minimum, das gezahlt werden muss. Es ist heute schon klar, dass viele größere Summen nötig sein werden, um die globale Erwärmung auf höchstens zwei Grad zu begrenzen.
- Globale Klimapolitik muss gerecht sein und den Anspruch armer Länder auf Entwicklung erfüllen. Diese Länder haben kaum etwas zu dem Problem beigetragen. Entwickelte Länder und privatwirtschaft-

liche Akteure müssen in Kooperation mit afrikanischen Regierungen dafür sorgen, dass klimabedingte Ausgaben nicht Afrikas Staatshaushalte verzerren. Wichtige Etatposten werden jetzt schon wegen solcher Ausgaben reduziert. Afrika kann weder die NDCs noch die Nachhaltigkeitsentwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) der Agenda 2030 umsetzen, wenn nicht bald internationales Klimageld fließt.

- Afrika muss Strukturen schaffen, um Klimakatastrophen widerstehen zu können. Deshalb wurde zum Beispiel die African Risk Capacity (ARC) als AU-Fachinstitution der AU geschaffen (siehe E+Z/D+C e-Paper 2016/12, S. 20). Im Kern ist sie eine Versicherung gegen Wetterschäden und stärkt die Widerstandskraft von Staaten. Mit modernen Finanzinstrumenten streut sie Klimarisiken mit dem Ziel, ein panafricanisches System zu schaffen. Sie ermöglicht es Regierungen, besser zu planen und mit mehr Wirkung auf extreme Ereignisse zu reagieren. Leider können sich viele afrikanische Länder die Versicherungsprämien aber nicht leisten. Die aktuelle Hungersnot in Kenia zeigt, welches

Leid daraus erwächst, dass einem Land diese Art von Risikoversicherung fehlt. Die globale Klimafinanzierung muss afrikanische Länder adäquat unterstützen – und dazu gehört auch die Bezahlung von ARC-Prämien.

Das Übereinkommen von Paris ist das am weitesten reichende Abkommen der menschlichen Geschichte. Die Arbeit fängt aber erst an. Die NDCs, die heute eindrucksvoll erscheinen, werden sich langfristig vielleicht als die ersten Schritte einer langen Reise erweisen. Die Afrikanische Entwicklungsbank stellt sich vor diesem Hintergrund ihrer Verantwortung (siehe Kasten, S. 28). Jetzt gilt es zu handeln, um die Pariser Selbstverpflichtungen zu erfüllen – und beispielsweise Mittel zu mobilisieren, damit die AREI Projekte umsetzen kann.



ANTHONY NYONG
ist Direktor der Afrikanischen
Entwicklungsbank für
Klimawandel und grünes
Wachstum.

a.nyong@afdb.org
<http://www.afdb.org>

Politische Antworten gesucht

Das Klimaabkommen von Paris enthält nicht nur anspruchsvolle Ziele zur Reduktion von Treibhausgasen. Auch die Anpassung an den Klimawandel hat darin einen hohen Stellenwert. Die meisten nationalen Klimaschutzbeiträge, insbesondere aus Entwicklungsländern, enthalten Anpassungsziele. Die internationale Gemeinschaft ist aufgerufen, deren Umsetzung zu unterstützen.

Von Nele Büchner und Till Below

Der Klimawandel hat weltweit zum Teil starke, unvermeidbare Folgen – auch dann, wenn das ambitionierte Ziel aus dem Paris-Vertrag, den Temperaturanstieg bis 2100 auf 1,5 bis zwei Grad zu begrenzen, erreicht werden sollte. Daher kommt der Anpassung im Abkommen große Bedeutung zu.

Der Vertrag sieht einen Lastenausgleich zwischen armen und reichen Ländern vor. Dafür sollen die Industrieländer ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar für Klimaschutz und -anpassung mobilisieren. Die Klimafinanzierung soll zu einer Transformation der Weltwirtschaft beitragen. Gesucht sind strukturelle Anreize, um den Ausstoß von Treibhausgasen schnellstmöglich herunterzufahren und die Verwundbarkeit von und Risiken für Mensch und Natur im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu verringern.

Ein wichtiger Ansatzpunkt sind die Anpassungsziele, die die Staaten in ihren nationalen Klimaschutzbeiträgen (nationally determined contributions – NDCs) für das Pariser Abkommen aufgestellt haben. Die Erfahrung zeigt allerdings, dass zum Beispiel nationale Umweltaktionspläne oder



die National Adaptation Plans of Action (NAPAs) in Entwicklungsländern häufig zu stark auf die Mobilisierung von internationalen Finanzmitteln ausgerichtet waren.

Für eine systematische Verankerung von Anpassung in der Politikgestaltung aller betroffenen Ressorts fehlen häufig die Unterstützung von höchster politischer Ebene sowie die institutionellen Kapazitäten. Zudem mangelt es in vielen Ländern an aussagekräftigen Informationen über Klimarisiken und an Fachleuten. Die Wissenschaft, die Zivil-

gesellschaft sowie Akteure des Privatsektors sind zudem bisher zu wenig in die Konzeption der Anpassungsmaßnahmen einbezogen.

An diesem Engpass setzen verschiedene Vorhaben der Internationalen Zusammenarbeit an, die mit deutscher Unterstützung seit Paris auf den Weg gebracht wurden. Insbesondere fördert die Bundesregierung Nationale Anpassungsplanungsprozesse (NAP), die helfen, die Anpassungsziele der NDCs umzusetzen, indem sie Klimafragen systematisch in öffentlichen Investitionsprogrammen und anderen politischen Prozessen verankern. Außerdem zielt die Unterstützung auf eine sachgerechte Arbeitsteilung von Politik und Wissenschaft ab. Denn gerade von dieser Arbeitsteilung hängt es ab, ob Gesellschaften die nötige Kraft zum Handeln finden.

QUERSCHNITTSTHEMA KLIMAWANDEL

Im Senegal und in Benin, die zu den am wenigsten entwickelten Ländern (least developed countries – LDCs) gehören, spielen diese Themen aktuell eine wichtige Rolle. In beiden Ländern führten Extremwetterereignisse in den letzten Jahren zu großen wirtschaftlichen Einbußen und dem Verlust von Menschenleben. Der Klimawandel droht weitere Verluste zu verursachen.

Zwei Drittel der senegalesischen Bevölkerung leben in städtischen Küstengebie-

ten. Hier findet auch 90 Prozent der industriellen Produktion statt. Das tiefliegende Küstengebiet zeichnet sich durch einen hohen Grundwasserspiegel und schlechte Entwässerungs- und Kanalisationssysteme aus. Selbst geringe Wassermassen können ganze Stadtteile oder Industriegebiete überfluten.

Auch der Anstieg des Meeresspiegels und Extremwetterereignisse machen der Infrastruktur und den Ökosystemen zu schaffen. Einige Orte, in denen in den vergangenen Jahren der Tourismus florierte, sind von Küstenerosion und einem Verlust der Sandstrände betroffen. Experten gehen davon aus, dass der Klimawandel diesen Prozess in Zukunft noch beschleunigen wird. Einige Hotels mussten schließen. Mit den Touristen verschwanden auch Restaurants, kleine Boutiquen oder Kunsthandwerksbetriebe, an denen viele Existenzen hingen. Aber auch die Fischer sind direkt betroffen, wenn die Fluten ihre Häuser davonspülen.

In seinem NDC weist Senegal die Sektoren aus, für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels höchste Priorität hat. Mit Unterstützung von USAID, der US-Behörde für internationale Entwicklung, wurde bereits ein Anpassungsplan für den Fischereisektor erstellt. Für andere Bereiche wie Tourismus, Wasser, das Küstengebiet oder Agrarwirtschaft fehlen bisher aussagekräftige Analysen zu Klimafolgen. Zudem man-

gelt es an Fachpersonal und Prozessen für die Umsetzung.

Hier setzt ein Vorhaben an, das die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Auftrag des Bundesumweltministeriums (BMUB) als Teil seiner Internationalen Klimaschutzinitiative mit dem gemeinnützigen Forschungsinstitut Climate Analytics umsetzt. Das Projekt unterstützt die Regierungen im Senegal und in Benin darin, Kapazitäten für die Bereitstellung von wissenschaftlichen Analysen zu erhöhen und nationale Koordinierungsstrukturen für Anpassung an den Klimawandel zu stärken.

Im Senegal gibt es bereits viel Expertise und Klimainformationen. Jedoch sind die für die Klimaforschung wichtigen Datenreihen oft nicht zuverlässig, Daten über viele Institutionen verteilt und somit nicht zugänglich. Seit 2003 koordiniert ein Komitee alle Klimapolitikprozesse im Land, so auch die Erstellung des NDCs und des Anpassungsplans für die Fischerei. Was mit informellen Treffen begann, ist zu einer festen Institution mit wachsenden Aufgaben gereift, die ressortübergreifend arbeitet und auch Wissenschaftler und Umweltorganisationen einbezieht.

Dies ist bereits ein Schritt in die richtige Richtung. Emmanuel Seck von der Nichtregierungsorganisation ENDA Tiers Monde vermisst jedoch eine systematische Verankerung in die Entwicklungsplanung. Besonders auf dezentraler Ebene bestehe hier noch großer Bedarf: „Bisher verfügen erst sehr wenige Gebietskörperschaften über territoriale Klimapläne oder lokale Entwicklungspläne, die Klimawandel schon einbeziehen.“

Damit Klimawandel nicht nur in eigens dafür erarbeiteten Anpassungsplänen vorkommt, sondern auch in anderen Planungsprozessen aufgenommen wird, unterstützt das Projekt das Finanz- und Planungsministerium bei der Überarbeitung eines Leitfadens für die Erstellung von sektoralen Entwicklungsplänen. Der Leitfaden wird um einige Schritte erweitert, die die Folgen des Klimawandels für alle aktualisierten Sektorstrategien integrieren soll.

Auch in Benin hat das Planungsministerium den Klimawandel inzwischen als Querschnittsthema aufgegriffen. Es erstellt beispielsweise jedes Jahr eine „Analytische Mitteilung“, die den Umsetzungsstand der aktuellen Entwicklungsplanung bewertet und die Perspektiven und Herausforde-

Im Fischerdorf Bargny im Senegal ist die vorderste Häuserreihe an der Küste erst unterspült worden und dann abgebrochen.



rungen für das kommende Jahr skizziert. Sie wird an Vertreter aus Ministerien und dem Parlament geschickt, die an der Budgetplanung beteiligt sind. Die „Analytische Mitteilung“ für das Budgetjahr 2018, die derzeit erstellt wird, widmet sich erstmalig mit einem ausführlichen Kapitel dem Klimawandel. Damit wird das Thema bei künftigen Entscheidungen über öffentliche Mittelverwendungen mehr Berücksichtigung finden.

AUSTAUSCH ZWISCHEN WISSENSCHAFT UND PRAXIS

Wie der Senegal hat auch Benin immer häufiger mit Extremwetterereignissen zu kämpfen. 2010 führten beispielsweise extreme Regenfälle zu Überschwemmungen. Schwere Schäden an Infrastruktur, Transportwegen, Schulen, medizinischen Einrichtungen und Wohnhäusern waren die Folge. 62 Prozent der beninischen Kommunen und 680 000 Menschen waren von den Wassermassen betroffen, es gab 46 Todesfälle. Weitere Überschwemmungen haben zwischen 2011 und 2016 über 140 000 Hektar Ackerfläche zerstört.

Das ist der Grund dafür, dass das Thema Klimawandel inzwischen auch bei Landwirten und verarbeitenden Betrieben angekommen ist. Schlechtere Ernten aufgrund von unregelmäßigeren Niederschlägen und Dürreperioden, Schäden an Lagerhallen oder Speichern oder ein höherer Energieverbrauch für mehr Kühlung bedeuten höhere Kosten, erklärt Camarou Bello von der beninischen Industrie- und Handelskammer. „Es wird für uns schwieriger werden, Arbeitsplätze und Einkommen zu schaffen, wenn wir den Risiken des Klimawandels nicht entgegenblicken“, warnt der Ökonom. Damit er seiner Aufgabe weiterhin gerecht werden und Unternehmen mit Informationen versorgen kann, erwartet er von den öffentlichen Institutionen, dass relevante Forschungsergebnisse mit Wirtschaftsunternehmen besser geteilt und digital bereitgestellt werden.

Auch im Umweltministerium, das die Federführung für Anpassung an den Klimawandel hat, sieht man noch eine große Lücke zwischen denjenigen, die Informationen über die Auswirkungen des Klimawandels erarbeiten, und denen, die diese Informationen in ihrer politischen oder wirtschaftlichen Planung nutzen sollen. Ginge es nach Médard Ouinakonhan, Abteilungsleiter Anpassung an den Klimawandel



Überflutete Straßen in Cotonou, Benin, im Juni 2017.

im Ministerium, sollten in Benin mehr wissenschaftliche Arbeiten dem politischen Handeln dienen: „So wie es das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) für die Klimarahmenkonvention macht.“

Um der Forderung nach verbesserter Kooperation zwischen Wissenschaft und Politik nachzukommen, fördert das Projekt in beiden Ländern die Einsetzung von Ausschüssen, in denen Vertreter aus den Ministerien, dem Privatsektor sowie aus Forschung und Zivilgesellschaft vertreten sind. Sie definieren gemeinsam den Bedarf und die Reichweite der wissenschaftlichen Analysen und begleiten die Forschung schrittweise, damit die Nutzbarkeit in der politischen Planung und für den Privatsektor gewährleistet wird. Gleichzeitig werden alle Beteiligten in der Thematik geschult.

Die Klimawissenschaft hat die globale klimapolitische Agenda der vergangenen zwanzig Jahre entscheidend geprägt. In vielen Ländern Westafrikas sind die nationalen Forschungseinrichtungen allerdings noch nicht gut in die Entwicklung von Anpassungsstrategien einbezogen. So fehlt es den politischen Entscheidungsträgern an Wissen darüber, wieviel Anpassung betrieben und welche Techniken dabei eingesetzt werden sollten, welche Kosten und Nutzen damit verbunden sind und welcher politischen Maßnahmen es bedarf. Die ressortübergreifende Zusammenarbeit von Praktikern und die enge

Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen bei der Gestaltung konkreter Anpassungsmaßnahmen sind ein wichtiger Baustein, um die Risiken des Klimawandels für Mensch und Natur zu verringern.



NELE BÜNNER

ist Projektleiterin im GIZ-Vorhaben zur Unterstützung nationaler Anpassungsplanung in Benin und Senegal.

nele.buennner@giz.de



TILL BELOW

arbeitet als Fachplaner für Anpassung an den Klimawandel im Kompetenzzentrum Klima und Umweltpolitik der GIZ.

till.below@giz.de

Die Autoren geben hier ihre persönliche Meinung wieder und vertreten keine offizielle GIZ-Policy. Der Text entstand unter Mitwirkung der Projektmitarbeiter Benoit Odjougbélé, Ndiaga Diop und Amadou Touré.

REFERENZEN

- Edenhofer, O., und Jakob, M., 2017: Klimapolitik: Ziele, Konflikte, Lösungen. München, C.H. Beck.
- USAID, 2017: Climate Change Risk Profile Senegal.
- <https://www.climatelinks.org/resources/climate-change-risk-profile-senegal>

„Wir brauchen kein Gebergeld, um loszulegen“

Saleemul Huq ist ein Veteran der multilateralen Klimaverhandlungen. Der Wissenschaftler aus Bangladesch konzentriert sich nun darauf, Universitäten aus den geringstentwickelten Ländern (least developed countries – LDCs) untereinander zu vernetzen, um Klimaschutz und Klimaanpassung voranzubringen. Aus seiner Sicht sind Hochschulen die Zentren des Capacity Development.

Saleemul Huq im Interview mit Hans Dembowski

Was hat das Pariser Abkommen den LDCs bisher gebracht?

Ich denke, es gibt vier große Vorteile:

- Alle sind an Bord. Das gilt, obwohl US-Präsident Donald Trump den Ausstieg seines Landes beschlossen hat. Erfreulicherweise halten aber alle anderen Parteien am Abkommen fest. Es wird also universell anerkannt.
- Das Abkommen betrifft nicht nur nationale Regierungen. Es richtet sich an alle relevanten Akteure – Nationalstaaten, subnationale Institutionen, Kommunen, Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft, Individuen. Alle sind aufgerufen, etwas für Klimaschutz und -anpassung zu tun. Jeder kann mitmachen.

- Das Abkommen ist bottom-up. Handeln ist freiwillig. Es gab die Sorge, das Abkommen werde zahnlos bleiben, weil es keine rechtsverbindlichen Pflichten vorsieht. Ich sehe das aber als Stärke, denn Zuckerrohr ist besser als Peitsche. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass das Kyoto-Protokoll mit verbindlichen Emissionsreduktionen gescheitert ist. Die USA haben es nie ratifiziert und Kanada ist später wieder ausgestiegen. Ich bin grundsätzlich für starke Verträge, aber die Erfahrung lehrt, dass Vorschriften nicht funktionieren. Freiwilliges Handeln hat aus offensichtlichen Gründen mehr Wirkung.

- Wir können nun Koalitionen der Willigen bilden. Alle Parteien tun, was sie aus Eigeninteresse für das Beste halten. Die 48 Mitgliedsländer des Climate Vulnerable Forum haben beispielsweise beschlossen, bis 2050 komplett auf Erneuerbare umzusteigen. Wir müssen nicht mehr darauf warten, dass jedes UN-Mitglied jedem Paragraphen zustimmt.

Aber führt freiwilliges Handeln wirklich zu ernstzunehmender Transformation?

Ja. Die Erneuerbaren haben enormen Schwung. Sie sind jetzt wettbewerbsfähig.

Kein Privatunternehmen investiert noch in Kohle. Manche Regierungen versuchen, die Branche am Leben zu halten, weil sie sich um Sektoren ihrer Volkswirtschaften sorgen – aber ansonsten ist Kohle tot. Das ist im Handumdrehen passiert. Öl und Fracking sind auch angeschlagen. Investoren entscheiden sich für andere Technologien. E-Mobilität ist ein weiteres Beispiel; der Transportsektor wird elektrifiziert. Grünes Wirtschaften – mit grünen Investitionen, grünen Anleihen, mehr Transparenz et cetera – setzt sich durch. Auf verschiedenen Feldern gibt es positive Rückkopplungen, und das sollten wir nach Möglichkeit unterstützen. Politik, die Anreize gegen die Nutzung fossiler Energie setzt, ist sicherlich sinnvoll. Entscheidend ist aber, dass die Transformation nun vom Markt getrieben wird.

Leider laufen aber die aktuellen Trends immer noch auf einen globalen Temperaturanstieg von drei Grad oder sogar noch mehr hinaus. Das Ziel ist aber eine Begrenzung auf höchstens zwei und besser noch 1,5 Grad.

Ja, es muss noch viel mehr geschehen. Und weil die Gefahr besteht, dass das ausbleibt, müssen wir unseren Ehrgeiz hochschrauben. Wir müssen herausfinden, was funktioniert, und das dann in großem Stil umsetzen. Wir müssen Begeisterung wecken. Wenn der globale Temperaturanstieg unter zwei Grad bleiben soll, müssen alle aus Eigeninteresse richtig handeln.

Was muss beim nächsten Klimagipfel in Bonn im November geschehen?

Mein Vorschlag ist, das Format dieser Konferenzen umzukrempeln. Im Mittelpunkt sollten die stehen, die Maßnahmen konzipieren und ergreifen. Bislang standen die Regierungsdelegationen im Mittelpunkt, weil sie im Kontext der UN-Klimarahmenkonvention (UN Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) Vertragstexte aushandeln. Es ging um Worte auf Papier. Diese Arbeit wurde aber in Paris abgeschlossen. Die Klimagipfel waren für die UN immer in dem Sinn ungewöhnlich, dass nicht nur Staaten vertreten waren. Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft waren auch präsent – aber nur bei den Randveranstaltungen. Jetzt verdienen sie die volle Aufmerksamkeit, denn jetzt geht es darum, Erfahrungen mitzuteilen, Wissen zu ver-

Dank der Zyklonbunker sind die Todeszahlen dramatisch gesunken.



breiten und voranzukommen. Wir können uns jetzt auf konkretes Handeln konzentrieren statt auf juristische Texte.

Das Pariser Abkommen sieht vor, dass jeder Nationalstaat mitteilt, was er klimapolitisch tun will. Spielen diese nationalbestimmten Beiträge (nationally determined contributions – NDCs) noch eine Rolle?

Ja, sie sind nützlich. Sie schaffen einen einheitlichen Rahmen und ermöglichen so Vergleiche und Zusammenarbeit. Zudem treiben sie Staatshandeln an. China und Indien setzen auf Solarenergie und werden aus der Kohle vermutlich schneller aussteigen als bislang angekündigt. Wichtig ist, dass sie tun, was gut für sie ist.

Was sollten die LDCs tun?

Wir überlegen, wie wir Technologien überspringen können. Wir werden die Fehler der sogenannten fortgeschrittenen Nationen nicht wiederholen, sondern müssen sofort nachhaltige Lösungen wählen. Wir können – und müssen – unsere Entwicklung von fossilen Treibstoffen abkoppeln. Zum jetzigen Zeitpunkt kann zwar niemand genau sagen, wie das gehen wird, aber mit entschlossener Führung ist es zu schaffen. Daraus ergeben sich Aufgaben für unsere Regierungen. Die Entscheidung, zu 100 Prozent auf Erneuerbare umzusteigen, weist in die richtige Richtung. Wir müssen zudem unsere Länder an den Treibhauseffekt anpassen. Wir lernen schnell. Wir stehen vor schweren Aufgaben und gehen diese an.

Arme kommen mit Schwierigkeiten besser zurecht als Reiche. Fluten und Zyklone belasten Bangladesch schon immer – aber wir haben immer weitergemacht. Wir müssen unsere Resilienz noch weiter steigern, vor allem die Resilienz der verwundbarsten Menschen.

Haben Sie ein Erfolgsbeispiel?

In diesem Jahr hatten wir zwei Zyklone. Wir können nachweislich in kurzer Zeit 2 Millionen Menschen in Sicherheit bringen. Es wurden nur 28 Todesfälle gezählt – und alle betroffenen Personen hatten aus irgendeinem Grund ihren Zyklonbunker verlassen. Wir wissen noch nicht, wie viele Fischer auf See starben. Es ist aber klar, dass die Mehrheit der über 3000 Toten, die der verheerende Zyklon Sidr 2007 forderte, auf Fischbooten rausgefahren waren und nicht rechtzeitig gewarnt werden konnten. Diese Zahlen müssen Sie im historischen Kontext sehen: 1991 kamen bei einem Zyklon ähnlicher Stärke fast 130 000 Menschen um – und 1970 sogar 300 000 bis 500 000. Bedenken Sie zudem, dass unsere Bevölkerung die ganze Zeit über schnell gewachsen ist. Unser Frühwarnsystem funktioniert, unsere Schutzstände sind belastbar, und unsere Statistiken sind präziser geworden. Zyklone richten immer noch großen Schaden an, aber sie fordern viel weniger Menschenleben.

Ja, dieses Argument hat Ihr Mitarbeiter Feisal Rahman neulich auch in E+Z/D+C gebracht (e-Paper 2017/04, S. 22, und Druck-

heft 2017/05-06, S. 30). Er wies aber auch auf viele andere große Probleme hin – von der Versalzung des Grundwassers bis hin zu schnellem Stadtwachstum. Ist Bangladesch dem Klimawandel wirklich gewachsen?

Die Folgen des Klimawandels werden zweifellos hart und gewaltig sein. Wir müssen also hart arbeiten und schnell lernen. Wichtig ist aber auch, dass wir trotz all unserer Probleme deutliche Fortschritte machen und unsere Volkswirtschaft wächst.

Das gilt für Bangladesch, aber nicht für alle LDCs – besonders in Afrika nicht.

Das stimmt. Die Unterschiede zwischen einzelnen Ländern sind groß, und die größten Schwierigkeiten bestehen dort, wo Gewalt tobt. Die LDCs machen aber gemeinsame Anstrengungen. Wir warten nicht darauf, dass die internationale Staatengemeinschaft uns rettet. Wir können ohne Geberhilfe viel tun. Wir haben ohnehin mehr Gemeinsamkeiten miteinander als mit den Geberländern. Wir müssen dafür sorgen, dass erfolgreiches Handeln schnell kopiert wird.

Wie geht das in der Praxis?

Zum Beispiel haben sich mehrere Hochschulen aus LDCs neulich bei einer Tagung an der Makerere Universität in Uganda zum Least Developed Countries Universities Consortium on Climate Change (LUCCC) zusammengetan. Mein International Centre on Climate Change and Development (ICCCAD) an der Independent University, Bangladesh (IUB), hat eine Leitungsrolle. LUCCC ist eine Süd-Süd-Initiative. Wir werden Forscher und Lehrkräfte austauschen. Die entsendende Universität zahlt die Reisekosten, und die gastgebende Uni trägt die Kosten des Aufenthalts. Wir werden voneinander lernen und dadurch das Capacity Development beschleunigen.

Gibt es dabei eine Aufgabe für internationale Geberinstitutionen?

Ich bin kein großer Anhänger der offiziellen Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA). Mir wäre es lieber, die Geberregierungen erfüllten andere Pflichten. Vor allem müssen sie sicherstellen, dass von 2020 an jährlich wie versprochen 100 Milliarden Dollar zur Unterstützung von Klimaschutz und -anpassung in die Entwicklungsländer fließen. An ODA stört mich, dass sie komplett von den Gebern kontrolliert wird. Capacitybuilding ist ein Beispiel. In den ver-

Stadtwachstum ist eine schwierige Angelegenheit – Wohnhaus in Dhaka.



gangenen zehn Jahren haben Geberregierungen dafür 300 Millionen bis 400 Millionen Euro ausgegeben, aber der Löwenanteil ging an ihre eigenen Institutionen wie die GIZ oder das britische DfID (Department for International Development). Berater, die kurz einreisen und dann wieder wegfliegen, schaffen aber keine dauerhaften Strukturen. Deshalb besagt Artikel 11 des Pariser Abkommens, dass Capacity Development langfristig und in den Zielländern laufen muss. Das Gebergeld wäre besser in LDC-Universitäten investiert worden, denn das sind die Orte, an denen Nationen Wissen generieren und Führungskräfte ausbilden. Das sind die Zentren echten Capacitybuildings. Wenn Geberinstitutionen LUCCC unterstützen wollen, sind sie natürlich willkommen. Sie könnten uns helfen, unsere Bemühungen aufzustocken. Wir brauchen aber kein Gebergeld, um loszulegen.

Als ich Sie vor zwei Jahren vor dem Pariser Klimagipfel zuletzt interviewte, klangen Sie viel pessimistischer (E+Z/D+C e-Paper 2015/06, S. 16, und Druckheft 2015/06-08, S. 8). Jetzt kommen Sie mir dagegen allzu optimistisch vor. Bei allem Respekt vor den Anstrengungen der LCDs fürchte ich, dass die Auswirkungen der globalen Erwärmung sie überfordern werden.

Vielleicht bin ich überoptimistisch, aber darüber denke ich nicht nach. Wenn wir ständig sämtliche möglichen Probleme bedenken, werden wir die Aufgaben, vor denen wir stehen, nicht meistern. Wir müssen normativ agieren und sagen: Das wollen wir schaffen. Wer sich keine Ziele setzt, kann diese auch nicht erreichen. Ich konzentriere mich nicht darauf, was geschehen muss, und nicht auf das, was schiefgehen könnte. Andererseits verbringe ich jetzt viel mehr Zeit mit Studierenden in Bangladesch, mit

jungen Männern und Frauen, die etwas bewegen wollen. Dringender als Geld brauchen sie Orientierung und Anleitung. Ihre Energie und ihr Enthusiasmus sind ansteckend.



SALEEMUL HUQ

leitet das International Centre for Climate Change and Development (ICCCAD) an der privaten Independent

University, Bangladesh (IUB), in Dhaka. Er ist außerdem Senior Fellow am International Institute for Environment and Development in London.

saleemul.huq@iied.org

<http://www.icccad.net/>

Universitätsnetzwerk in LDCs

Zehn Hochschulen aus zehn asiatischen und afrikanischen Ländern haben eine neue Organisation geschaffen: das Least Developed Countries Universities Consortium on Climate Change (LUCCC). Die Führungsrolle haben die Independent University, Bangladesh (IUB), und Ugandas Makerere University. Langfristig sollen Universitäten aus allen 48 geringstentwickelten Ländern (least developed countries – LDCs) mitmachen.

Im Juni wurde ein Arbeitsplan vereinbart. Dem Dokument zufolge dient LUCCC dazu, Wissen zu verbreiten, leistungsfähige Strukturen zu bilden, die Politik zu unterstützen und Hochschulen untereinander zu vernetzen. Auf der Agenda stehen Themen wie Klimafinan-

zierung, Anpassung in Küstengebieten und resiliente Städte. Besondere Aufmerksamkeit richtet sich auf basisnahe Klimaanpassung (community-based adaptation). LUCCC ist auf langfristiges Capacitybuilding und ökologische Bildungsarbeit angelegt und entspricht damit Artikel 11 des Pariser Abkommens der UN-Klimarahmenkonvention.

LUCCC ist eine originäre Süd-Süd-Initiative. Nur Universitäten aus LDCs können Mitglied werden. Bislang arbeitet das Konsortium ohne Geberunterstützung. LUCCC plant unter anderem:

- Forscheraustausch zwischen Mitgliedshochschulen,
- die Entwicklung von Kursen und Lehrmaterialien sowie deren Weitergabe,

- ein eigenes Webportal und
- die Aufnahme weiterer Mitglieder.

Mit Geberunterstützung könnte LUCCC indessen noch mehr leisten. Denkbar wären Stipendien, Studierenden-austausch, gemeinsame Forschungsvorhaben oder jährliche Konferenzen. Zudem könnte LUCCC mit ausreichender Unterstützung an Klimagipfeln und anderen Konferenzen teilnehmen.

Die Gründungsmitglieder von LUCCC sind neben IUB und der Makerere-Universität:

- die Royal University of Bhutan,

- die Pokhara University in Nepal,
- die Universität Addis Ababa in Äthiopien,
- die Universität Khartum im Sudan,
- die Universität Dar es Salaam in Tanzania,
- die Eduardo-Mondlane-Universität in Mozambique,
- die Universität von Gambia und
- die Cheikh-Anta-Diop-Universität im Senegal.

LINK

Least Developed Countries Universities Consortium on Climate Change (LUCCC):
<http://luccc.icccad.net/>



„Die Republikaner müssen aufwachen“

Der mächtigste Mensch der Welt, US-Präsident Donald Trump, leugnet den menschengemachten Klimawandel. Jennifer Morgan von Greenpeace International erklärt im Interview, wie verhindert werden kann, dass er langfristig Schaden anrichtet.

Jennifer Morgan im Interview mit Hans Dembowski

Wenn man die führenden politischen Kräfte in den hochentwickelten Ländern betrachtet, fällt die Republikanische Partei mit einer Besonderheit auf. Alle hohen Parteiangehörigen leugnen den Klimawandel.

Nein, das stimmt nicht. Manche Mandatsträger der Republikaner verstehen die wissenschaftlichen Erkenntnisse schon, aber das reicht natürlich nicht. Auch wenn einige Abgeordnete auf lokaler, bundesstaatlicher und nationaler Ebene den Klimawandel angehen, unterstützt die Partei als Ganze weiterhin die Interessen der Fossile-Brennstoffe-Industrie. Diejenigen Republikaner,

die die Klimakrise erkannt haben, müssen der Position der Trump-Regierung lauten Widerstand entgegensetzen.

Ja, aber sie sind in der Minderheit. Sie waren weit davon entfernt, Präsident Trump davon abzuhalten, den Paris-Vertrag aufzukündigen. Wer unterstützt ihn?

Ich sehe da mehrere Kräfte, die zusammenwirken. Die wichtigsten sind die Fossile-Brennstoffe-Industrie – inklusive der Ölinindustrie – und die Globalisierungsgegner wie Steve Bannon und Scott Pruitt.

- Die Fossile-Brennstoffe-Lobby hat ihre Interessen lange Zeit mit Klauen und Zähnen verteidigt. Charles und David Koch zum Beispiel, zwei Brüder, die ein Milliarden-Vermögen mit Öl und Gas gemacht haben, haben sehr viel investiert, um Zweifel am Klimawandel zu schüren. Auch andere Geldgeber haben Thinktanks und Medien unterstützt, die den Klimawandel leugnen. Angesichts der wissenschaftlichen Erkenntnisse ist die Fossile-Brennstoffe-Lobby

allerdings ins Wanken geraten. In Trump sehen ihre Vertreter eine Möglichkeit, unverantwortliche Politik umzusetzen.

- Globalisierungsgegner wie Steve Bannon argumentieren, die USA seien durch internationale Verpflichtungen gelähmt und müssten sich davon befreien. Sie sind gegen jeglichen Multilateralismus. Ihrer Ideologie zufolge stehen alle Nationen miteinander im Wettbewerb. Zusammenarbeit im Sinne gemeinsamer Interessen oder globaler öffentlicher Güter kommen darin nicht vor.

Die Republikaner müssen aufwachen und erkennen, dass sich ihr Chef im Weißen Haus unverantwortlich verhält. Die Verleugnung der Wissenschaft ist inakzeptabel.

Inwieweit ist es Trump gelungen, das Pariser Abkommen zu unterlaufen?

Gar nicht. Stattdessen hat Trump mehr Unterstützung für den Vertrag mobilisiert, sowohl in den USA als auch weltweit, wie auf den G7- und G20-Gipfeln deutlich wurde. Auf die Dauer hat die Politik der USA natürlich schon Auswirkungen. Immerhin ist das Land der größte Produzent von Treibhausgasen. Der Ausstoß muss weiter reduziert werden, und die meisten US-Bürger wollen das auch.

Der Philanthrop, Milliardär und ehemalige Bürgermeister von New York, Michael

Rund 100 000 Menschen haben am Tag der Erde am 22. April am „March for Science“ in Washington teilgenommen. Weitere 70 000 waren es in Boston, 60 000 in Chicago und jeweils 50 000 in Los Angeles und San Francisco.



Bloomberg, sagt, die USA werden ihre Klimaverpflichtungen trotz Trump einhalten. Hat er recht?

Wenn er meint, dass der Treibhausgasausstoß trotz Trump weiter zurückgehen wird, hat er recht. Die Entwicklung der Wirtschaft ist eindeutig. Es wird keine Renaissance der Kohle geben, weil die Investoren die Finger davonlassen. Zudem rechnen sich die erneuerbaren Energien immer mehr. Die Energiewende ist nicht aufzuhalten. Man kann davon ausgehen, dass die Reduzierung der Emissionen so weitergeht, wie im Clean Power Plan von Trumps Vorgänger Barack Obama vorgesehen. Auch im Transportwesen tut sich viel, man denke nur an Elektroautos. Außerdem dauert es lange, Regulierungen zurückzunehmen – genauso, wie es lange dauert, neue Regulierungen einzuführen. Gerichtsverfahren werden Versuche der Regierung ausbremsen, die Umweltschutzbehörde zurückzupfeifen. Und die Politik auf lokaler und bundesstaatlicher Ebene spielt auch eine große Rolle.

Inwiefern?

Zum Beispiel hat sich der Abgasausstoß von Autos jahrelang an den kalifornischen Grenzwerten orientiert – und nicht an denen der Regierung in Washington. Das kommt daher, dass Kalifornien der bevölkerungsreichste Bundesstaat ist und dass die Autobauer die dortigen Standards erfüllen müssen, um ihre Produkte auf diesem wichtigen Markt verkaufen zu können. Kalifornien war auch lange Vorreiter beim Klimaschutz. In anderen Bundesstaaten tut sich ebenfalls etwas. Iowa zum Beispiel, das einen republikanischen Gouverneur hat, bewegt sich auf das Ziel zu, 40 Prozent seines Stroms aus Windkraft zu erzeugen. Also ja, Bloomberg hat recht, es kann viel passieren auch ohne das Weiße Haus.

Aber ist das ausreichend? Die Menschheit muss schnell handeln, um die globale Erwärmung unter zwei Grad zu halten.

Lokalregierungen, Städte, Bundesstaaten und die Privatwirtschaft müssen das Richtige tun. Es gibt eine Bewegung namens „We are still in“ – „Wir sind immer noch dabei“. Zu ihr gehören führende Politiker und Wirtschaftsleute, die wollen, dass die USA ihren Klimaschutzverpflichtungen nachkommen. Derartige Oppositionsbewegungen sind ausschlaggebend. Aber die

große Frage ist in der Tat, ob das reicht. Wir können es uns nicht leisten, vier Jahre unter Trump zu verlieren.

2009 in Kopenhagen haben Obama und die anderen Vertreter der Industrieländer zugesagt, dass ab 2020 jedes Jahr 100 Milliarden Dollar an öffentlichen und privaten Geldern für Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern zur Verfügung stehen werden. Werden die USA sich an dieses Versprechen halten?

Nun, die USA sind in der Lage zu zahlen, also sollten sie auch weiterhin zahlen. Bis 2020 wird kein großes Loch aufreißen, da die Obama-Regierung bereits rund ein Drittel der bis dahin zugesagten Mittel an den multilateralen Green Climate Fund überwiesen hat. Außerdem zeigen Umfragen, dass es in den USA große Unterstützung dafür gibt, die Widerstandsfähigkeit armer Länder zu erhöhen – sogar in sehr konservativen Gegenden. Es gibt also Rückenwind. Trumps Budgetvorschläge setzen allerdings keine Priorität auf Klimathemen, ganz im Gegenteil. Deshalb müssen andere Regierungen und Banken ihre Beiträge erhöhen. Beim Klimagipfel im November in Bonn müssen die anderen entwickelten Länder deutlich machen, dass die reichen Staaten die benachteiligten nicht alleinlassen werden.

Wie bewerten Sie das bisherige Vorgehen europäischer Länder beim Klimaschutz?

Das Bild ist gemischt. Sie halten das Pariser Abkommen hoch, diese Rhetorik spiegelt sich aber nicht in der nationalen Implementierung wider. Nehmen wir Deutschland als Beispiel: Die Bundesregierung kommt bei der Elektromobilität nur schleppend voran und ist viel zu langsam mit dem Kohleausstieg. Deutschland muss seine Ambitionen erhöhen; das Gleiche gilt für die EU und ihre anderen Mitgliedsländer. Europa sollte die Chance für eine Führungsrolle ergreifen; seine Menschen wollen den Wandel. Die führenden Politiker in Europa müssen begreifen, dass der Klimawandel eine grundlegende wirtschaftliche Tatsache ist. Das ist nicht irgendeine Nebensache. Eigentlich ist die Sache einfach: Ohne ökologische Nachhaltigkeit kann es keine finanzielle Stabilität, keine Beschäftigungsstabilität und keine gesellschaftliche Stabilität geben. Wenn Europa die Kurve nicht kriegt, geht es bergab.

Sie sagen, dass Banken auch eine Rolle dabei spielen, dass die zugesagten 100 Milliarden Dollar für Minderung und Anpassung in Entwicklungsländer fließen. Denken Sie dabei an multilaterale oder privatwirtschaftliche Banken?

Beide müssen ihren Part dazu beitragen. Im Kontext des Paris-Vertrags sind die multilateralen Banken dem Null-Emissionsziel verpflichtet. Der Finanzstabilitätsrat der G20, der Empfehlungen für das globale Finanzsystem ausspricht, hat betont, dass Finanzinstitutionen grundsätzlich die materiellen Risiken des Klimawandels berücksichtigen müssen. Natürlich müssen private Banken auch aktiv werden. Greenpeace beobachtet die Finanzbranche genau und weist offensiv auf unverantwortliche und nicht nachhaltige Investitionspraktiken hin.

Ich habe kürzlich meine Genossenschaftsbank in Frankfurt gefragt, ob sie irgendwelche Produkte zur privatwirtschaftlichen Klimafinanzierung für Kleinanleger wie mich im Angebot hat. Sie fanden meine Idee interessant, konnten mir aber nichts anbieten. Wahrscheinlich werden sie aktiv, wenn es ein Regierungsprogramm zur Förderung derartiger Investitionen gibt. Bisher gibt es das nicht, und von allein tun sie nichts. Ist das an der Wall Street besser?

Nein, zumindest noch nicht. Aber die Einstellung der Banken ändert sich. HSBC, eine multinationale Bank mit Sitz in Britannien, hat sich vor kurzem dazu verpflichtet, mit ihrem Geld nicht zur Abholzung durch die Palmölindustrie beizutragen. Wälder sind wichtige CO₂-Speicher und Zentren der Artenvielfalt, daher konzentriert sich Greenpeace auf dieses Thema. Unsere Erfahrung zeigt uns, dass Banken – die fossile Energien zunehmend als schlechte Investitionen betrachten – ihre Strategien überdenken, wenn man sie auf Probleme aufmerksam macht. Egal, wer im Weißen Haus sitzt – die Bankenchefs wissen, dass sie berücksichtigen müssen, was die Öffentlichkeit denkt und erwartet. Entschlossener zivilgesellschaftlicher Aktivismus wirkt.



JENNIFER MORGAN
ist Geschäftsführerin
von Greenpeace
International.
<http://www.greenpeace.org>

Keine Zeit zum Ausruhen

Im Dezember 2015 sorgte das Klimaabkommen von Paris für Furore. Die Weltgemeinschaft hatte sich geeinigt, den Klimawandel deutlich zu begrenzen. Die erste Euphorie ist mittlerweile abgeklungen. Wo stehen wir heute?

Von Thomas Loster

Die gute Nachricht zuerst: In den vergangenen Jahren ist der globale Ausstoß des wichtigsten Treibhausgases CO₂ trotz globalem Wirtschaftswachstum nicht mehr weiter angestiegen. Das ist ganz im Sinn des Paris-Abkommens.

In diesem haben sich 196 Länder darauf geeinigt, den Anstieg der globalen Mitteltemperatur der Luft in Bodennähe zu bremsen. Dabei wurde das ambitionierte Ziel, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Niveau auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen, international anerkannt. Die armen und am meisten betroffenen Länder sollten bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützt werden. Zudem sollten globale Finanzflüsse so gestaltet werden, dass die Resilienz der betroffenen Menschen gestärkt wird. Das klingt erst einmal gut. Auch die Zahl der Länder, die das Agreement ernst neh-

men, kann sich sehen lassen. Bis August 2017 haben 195 Mitgliedstaaten der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) das Abkommen unterzeichnet; 159 Länder haben es ratifiziert.

Vor einigen Wochen kündigte US-Präsident Donald Trump den Ausstieg der USA – immerhin die größte Wirtschaft der Welt und zudem der historisch größte CO₂-Emittent – aus dem Klimaabkommen an. Glücklicherweise hat das bis dato nicht zu einem Bruch der Willigen geführt. Im Gegenteil. Als Gegenreaktion entstand eher ein „Jetzt-erst-recht“-Gefühl. Der damals frisch gewählte französische Präsident Emmanuel Macron tadelte die USA offen. Das darf nicht überbewertet werden. Es ist aber als starkes Zeichen zu werten, dass sich beim G20-Gipfel in Hamburg im Juli dieses Jahres 19 Länder unisono zum Paris-Abkommen bekannt haben. Das Abstimmungsergebnis gegen die USA lautete: 19 zu 1.

Trump hat es also nicht geschafft, Zweifel und Unsicherheit auszulösen. Er hat es auch nicht geschafft, der Energiewende einen Schlag zu verpassen. Denn sein Plädoyer für Kohle und die mögliche Abkehr von erneuerbaren Energien hat insgesamt wenig Eindruck hinterlassen. Selbst in den USA regte sich heftiger Widerstand, gerade aus zukunftsweisenden Wirtschaftszweigen.

SYMBOLISCHE KRAFT

Der größte Wert des Paris-Abkommens liegt nach wie vor in seiner symbolischen Kraft – der Einigkeit aller Nationen, sich für Klimaschutz einzusetzen. Immerhin ist es das bis dato umfassendste Klimaabkommen. Es darf aber auch nicht zu früh in den Himmel gelobt werden. Denn es handelt sich um ein großes Rahmenwerk, das weiter mit Leben zu füllen ist. So darf man sich zwar freuen, dass das Zwei-Grad-Ziel nun weitgehend ratifiziert ist. In der Realität steuern wir im Moment aber noch auf eine Drei-Grad-Welt zu, wenn man alle aktuellen, nationalen Reduktionsziele (Nationally Determined Contributions – NDCs)

**Nur mit mehr erneuerbaren Energien sind die Klimaziele von Paris zu erreichen:
Bau einer Windkraftanlage in Deutschland.**



zusammenfasst. Die Länder erreichen mit ihren Plänen die Ziele also noch nicht.

Heute ist das Momentum, das beim Klimagipfel in Paris entstanden war, weitgehend verpufft. Politische Querelen stehen auf der Tagesordnung, etwa der Streit der USA mit Nordkorea, Debatten über Flüchtlinge in Europa oder der Manipulationskandal bei Dieselfahrzeugen deutscher Hersteller. Da gerät der Klimaschutz leicht ins Hintertreffen. Auch wenn sich 2017 erneut zeigte, dass die Aussagen des Weltklimarats IPCC ernst zu nehmen sind: Wetterextreme nehmen zu.

Diesen Sommer richteten Starkniederschläge sowie Hitzewellen und Dürren in Europa schwere Schäden an. Sturzfluten und Erdbeben in Deutschland sowie Österreich, Sturzbäche und Hagelschläge in der Türkei sind nur wenige Beispiele. Die Menschen in Südeuropa litten unter großer Trockenheit mit Waldbränden. Diese Ereignisse haben es kaum in die Schlagzeilen geschafft, die unter anderem von Migration und Trump beherrscht waren.

Apropos Migration: Mittel- bis langfristig wird die Klimaänderung noch deutlich mehr Fluchtbewegungen auslösen. Das kann man heute schon prognostizieren. Was wir jetzt sehen, ist nur der Anfang einer größeren Entwicklung. Klimastress ist noch nicht der Hauptauslöser von Migration, aber ein Beschleuniger. Wenn künftig die geburtenreichen Länder in armen, teils fragilen Staaten zusätzlich unter zunehmenden Klimastress geraten, sind Ströme von Vertriebenen so gut wie sicher (siehe Artikel über die Plattform on Disaster Displacement in E+Z/D+C e-Paper 2017/04, S. 26, und Druckheft 2017/5-6, S. 34). So wird ein Meeresspiegelanstieg im Mittelmeer von einem Meter wohl mehr als 6 Millionen Menschen allein in Ägypten in die Flucht zwingen. Schon deshalb muss es ein erstes, internationales Ziel sein, den Klimawandel einzudämmen.

ZEIT GEHT VERLOREN

Um die Vision des Paris-Abkommens – die Entkarbonisierung der Wirtschaft so rasch wie möglich zu schaffen – zu erreichen, sind noch zu wenige konkrete Schritte erfolgt. Das liegt unter anderem an den eher großzügigen Mechanismen, die das Protokoll vorgibt. So können die Länder ihre eig-

nen Beiträge, Pläne und Regulierungen für Emissionsreduzierungen entwerfen (NDCs). Es gibt allerdings keine Mechanismen, welche die Länder zur Einhaltung zwingen. Die Vorgabe lautet lediglich, dass Ziele ambitioniert sein müssen. Das Paris-Abkommen sieht die Überprüfung der versprochenen Maßnahmen erst in der Zukunft vor. Deshalb besteht die Gefahr, dass wertvolle Zeit verlorengeht.

Hier mag man entgegnen, dass die Debatte um Mobilität und Verbrennungsmotoren, die im Sommer 2017 in Europa für Aufregung sorgte, ein starkes Indiz für politisches Handeln ist. Norwegen macht sich für emissionsfreie Neufahrzeuge ab 2025 stark. Großbritannien will ab 2040 den Verkauf von Kraftfahrzeugen mit Verbrennungsmotor verbieten. Das fordert Umweltminister Michael Gove im Rahmen des aktuellen britischen Umweltplans. Bis 2050 sollen alle Diesel- und Benzinfahrzeuge von den britischen Straßen verschwinden. Auch Frankreichs Umweltminister Nicolas Hulot kündigte einen ambitionierten Klimaschutzplan an und unterstrich die Bedeutung des Pariser Klimagipfels in diesem Zusammenhang. Im Rahmen seines Fünf-Jahres-Plans ist vorgesehen, klimaschädliche Fahrzeuge zu verbannen. Zudem will das Land nach 2022 keine Kohle mehr für die Stromproduktion einsetzen. Auch wurden große Investitionen für Entwicklungen im Bereich der Energieeffizienz angekündigt. Dagegen wirkte die Debatte in Deutschland um Schummel-Software und den Ausstoß von Stickoxiden aus Luxuskarossen eher peinlich.

SIGNALE FÜR DIE ENERGIEWENDE

Die E-Mobilität repräsentiert nur einen kleinen, wenn auch wichtigen Ausschnitt bei der Mitigation des Klimawandels. Positive Signale sind auch bei der Energiewende auf dem Strommarkt zu sehen. Der auch in Deutschland viel diskutierte Ausstieg aus der Kohleenergie wäre ein immenser Fortschritt. Die Energiewende kommt in vielen Ländern in Schwung, in einigen schneller, in anderen langsamer. In zahlreichen Großstädten entwickeln sich rapide neue Mobilitätsmuster. Elektro-Autos, Car-Sharing-Modelle, sogar der Schienenverkehr wird teilweise wiederbelebt. Wichtig ist,

dass diese positiven Trends anhalten. Denn in der Energie- und Wärmewende liegen große Potenziale – und Chancen! Länder und Industrien, die sich jetzt im Bereich von Smart-Grids, Netzausbau oder der Speichertechnologie erfolgreich positionieren, werden über die nächsten Jahrzehnte die Nase vorne haben. Technische Innovationen in diesen Bereichen sind für eine Industrienation wie Deutschland eine einzigartige Chance. Aus Erfolgen in der Energiewende kann ein neues Momentum entstehen – Impulse sind wichtig. Es ist nun spannend zu sehen, was aus den zahlreichen Versprechen von 2017 wird.

WICHTIGE WEICHEN

Auf dem nächsten Klimagipfel in Bonn (COP 23) werden wichtige Weichen gestellt. Die Mitgliedstaaten müssen dann 2018 ihre Klimaziele darlegen. Sind diese ambitioniert, glaubwürdig und langfristig angelegt, kann neuer Mut und Ansporn entstehen. Zentrale Länder dürfen sich jetzt nicht ausruhen und die Dinge einfach laufen lassen. Gerade die Hauptverursacherländer müssen sich zum Handeln bekennen. Wenn die politischen Weichen weiter in Richtung Dekarbonisierung, Subventionsabbau für fossile Energie und für die Förderung erneuerbarer Energien gestellt werden, ist ein wichtiges Teilziel erreicht. Wenn es gelingt, die Emissionen von Kohlendioxid durch ein starkes Preissignal zu verteuern, können klimafreundliche Investitionen geradezu beflügelt werden. Ohne sichere, längerfristig planbare Investitionen ist die Energiewende nicht zu schaffen. Es gibt also viel zu tun bei den kommenden Klimaverhandlungen – aber auch auf nationaler und regionaler Ebene. Der Wille für Klimaschutz darf nicht nur bekundet werden, Strategien und Taten sind notwendig, um wirkliche Erfolge zu erzielen.



THOMAS LOSTER
ist Geschäftsführer der
Münchener Rück Stiftung, die
sich mit großen globalen
Herausforderungen wie

Armutsbekämpfung, Umwelt- und Klimaveränderung und Katastrophenvorsorge beschäftigt.

tloster@munichre-foundation.org

Wenn Gletscher auftauen

In den Gletschern des Himalaya-Gebirges sind solch große Mengen an Süßwasser gefroren, dass sie oft der „dritte Pol“ genannt werden. Das Schmelzwasser dieser Gletscher füllt die wichtigsten Flüsse Asiens. Aber die Temperatur im Himalaya steigt doppelt so schnell wie im globalen Durchschnitt. In der nahen Zukunft wird es in dieser Region deswegen mehr Lawinen und Überschwemmungen geben. Langfristig droht jedoch ein extremer Wassermangel.

Von Sheila Mysorekar

Außer am Nord- und Südpol hat keine andere Region der Welt solch enorme Eismassen wie das Himalaya-Gebirge. Die Hindukusch-Himalaya-Region (HKH) ist ein komplexes Bergsystem. Es versorgt mehr als 210 Millionen Menschen in den Bergen und 1,3 Milliarden Menschen flussabwärts mit Frischwasser.

Drei große Flüsse – der Indus, der Ganges und der Brahmaputra – entspringen im Himalaya und fließen nach Südasien, während der Gelbe Fluss, der Jangtse, Mekong, Irrawaddy und Saluen auf dem Tibetanischen Plateau entspringen und nach China und Südostasien fließen. Diese gigantischen Flüsse sind eine Wasserquelle für Trinkwasser, zur Bewässerung, für Fischerei und für die Industrie. In Dürrezeiten sind es die Himalaya-Gletscher, die diese Flüsse mit Wasser versorgen und die Grundwasserspeicher auffüllen.

Die Durchschnittstemperatur auf dem Mount Everest – dem höchsten Gipfel des Himalaya-Gebirges – ist jetzt jedoch 1,5 Grad höher als zu Beginn der Industrialisierung, wie eine neue Studie im Wissenschaftsjournal Nature berichtet. Die Konsequenzen drohen verheerend zu sein:

- Gletscherseen werden so voll, dass Dämme brechen und die tiefer gelegenen Dörfer zerstören.
- Jetzt schmelzende Gletscher bedeuten, dass es in der Zukunft im Frühling weniger Schmelzwasser geben wird. Alle Länder, die vom Himalaya-Wasser abhängig sind, werden darunter leiden.

Laut der Studie „Asia's glaciers are a regionally important buffer against

drought“ sind Gletscher eine „einzigartige dürreresistente Wasserquelle“. Das sommerliche Schmelzwasser des Himalayas ist ausreichend für die „jährlichen kommunalen und industriellen Bedürfnisse von Pakistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan und Kirgistan“. In Dürresommern besteht ein Großteil des Flusswassers im oberen Indus und Aral-Becken aus Schmelzwasser. Das weltweit größte System von bewässerter Landwirtschaft befindet sich entlang des Indus-Flusses und hängt völlig von seinem Wasser ab. Die Bauern dieser Region sind sehr dürrgefährdet, da der sommerliche Monsun hier weniger stark ist als weiter östlich.

Der Autor der Studie, Gletscherforscher Hamish D. Pritchard von der Cambridge University, zeigt auf, dass die „Bevölkerung der hohen Berge Asiens besonders durch Wassermangel gefährdet ist“. Im vergangenen Jahrhundert war Dürre die schädigendste Form von Naturkatastrophen in dieser Region, verantwortlich für 6 Millionen Tote und mit Auswirkungen auf 1,1 Milliarden Menschen. Pritchard warnt: „Diese Gegend ist von Wassermangel bedroht, aber nicht gut vorbereitet für die lang anhaltenden Dürren, die regelmäßig auftreten.“

Das Problem ist, dass das Gletschereis – der einzige Puffer, der die extreme Wasserknappheit jahreszeitlich sowie längerfristig abfedern kann – allmählich abschmilzt. Schmelzwasser der Gletscher gibt es normalerweise auch in Dürrezeiten. Pritchard erklärt, dass „im Gegensatz zu der Schneedecke, die jährlich variiert, Gletscher den Weg des Wassers durch das hydrologische System verzögern, indem sie die Niederschläge als Eis konservieren, das langsam in geringere Höhen rutscht, bis es schließlich im Sommer schmilzt“.

Klimaforscher sagen für die nächsten Jahrzehnte mehr dürrbedingte Wasser- und Nahrungsknappheit in Asien voraus. Die Probleme werden durch weiteres Abschmelzen des Gletschereises verschärft, was eine klare Auswirkung des Klimawandels ist. In zukünftigen Sommern, so der Autor, könne der Schmelzwasserzufluss in die Flüsse „um die Hälfte oder mehr zurückgehen, wodurch die Bevölkerung flussabwärts unter noch größeren Wasserstress gerät“. Dies könne ein „potentieller Auslöser für einen Preisschock sein, der die ganze Region zutiefst destabilisiert“, warnt Pritchard.

LINK

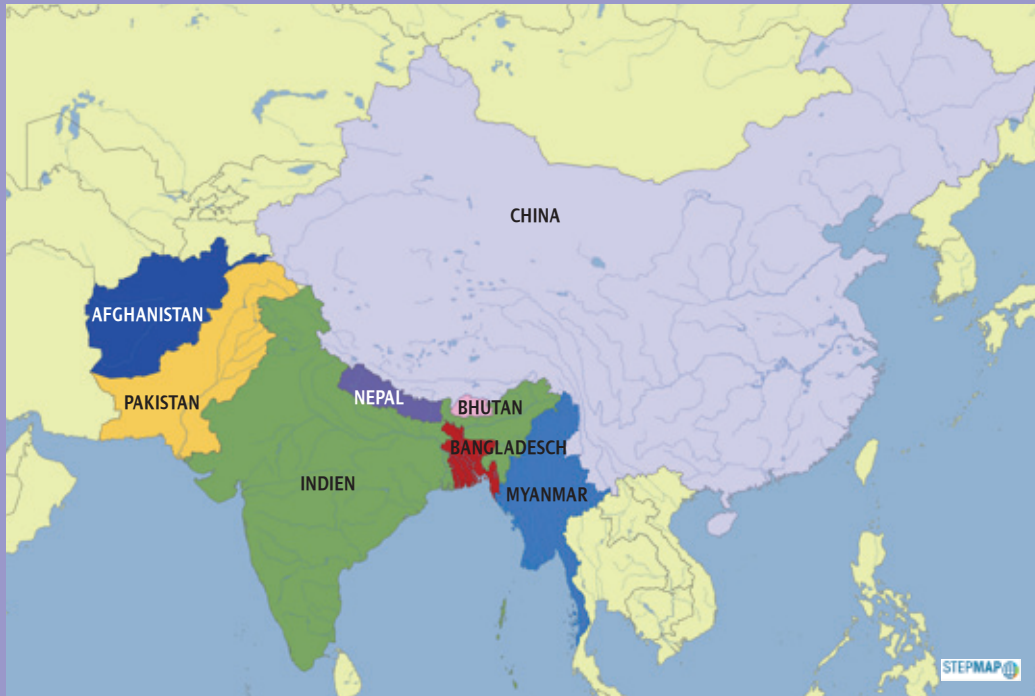
Hamish D. Pritchard, 2017: Asia's glaciers are a regionally important buffer against drought. Nature magazine.

<http://www.nature.com/nature/journal/v545/n7653/full/nature22062.html>

Chola-Tsho-See im Himalaya, Nepal.



Tsunamis im Himalaya



ICIMOD-Mitgliedsländer.

Bergvölker im Himalaya müssen sich den Auswirkungen der globalen Erwärmung anpassen. Doch sie brauchen Hilfe, um ihre fragilen Ökosysteme bewahren zu können.

„Der Klimawandel wird Niederschläge verschieben und Gletscherschmelze beschleunigen und somit Wasserversorgung verändern sowie Überschwemmungen und Dürren verstärken“, warnt Betsy Otto vom World Resources Institute (WRI) in Washington. Das WRI sagt voraus, dass Pakistan in 20 Jahren einen „extremen Wasserstress“ erleben wird. Dieser Trend wurde kürzlich von einer Studie im Wissenschaftsjournal Nature bestätigt.

Im Januar 2016 initiierte die Nichtregierungsorganisation Waterkeeper Alliance eine Initiative, um die Gewässer des Himalayas zu schützen. Das Netzwerk deckt Indien, Nepal und Bhutan ab und versucht, den „dritten Pol“ zu bewahren, wie die Berge und ihr Ökosystem manchmal genannt werden, weil nur die Antarktis und die Arktis ähnliche Massen von Eis und Schnee aufweisen.

Ladakh ist eine der betroffenen Regionen. Es ist Teil des indischen Staates Jammu und Kashmir und befindet sich auf einer Höhe von fast 3000 Metern. In Ladakh gibt es öfter katastrophale Sturzfluten. Rapide Abholzung hat die Pro-

bleme verschlimmert. Viele befürchten, dass diese sturzartigen Überschwemmungen häufiger werden – man nennt sie nun die „Himalaya-Tsunamis“.

Das International Centre for Integrated Mountain Development (ICIMOD) ist eine zwischenstaatliche Agentur, ansässig in Nepals Hauptstadt Kathmandu. Sie stellt ein Lern- und Wissenszentrum für die acht Mitgliedsländer (Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, China, Indien, Myanmar, Nepal und Pakistan). Der globale Klimawandel hat negativen Einfluss auf die fragilen Ökosysteme der Berge und das Leben der Bergvölker. ICIMODs Missi-

on besteht darin, den „Bergvölkern zu helfen, diese Veränderungen zu verstehen und sich ihnen anzupassen“.

ICIMOD nennt drei Herausforderungen im Management von Oberflächen- und Grundwasser in der Hindu-kusch-Himalaya-Region (HKH):

- Die Hydrologie der Bergregionen – und vor allem, wie Oberflächen- und Grundwasser zusammenhängen – ist nicht in Gänze bekannt.
- Es gibt nur wenige Statistiken und keinen Datenaustausch in der Region, so dass politische Entscheidungsträger ihre Maßnahmen nicht von fundierten Informationen ableiten können.
- Die großen Flüsse überschreiten Grenzen, so dass angemessene Strategien nur auf internationalem Level entwickelt werden können. Regulierungen des Wassermanagements sind jedoch immer national. Sie tendieren dazu, sich auf einen kurzfristigen Bedarf zu konzentrieren, ohne langfristige Konsequenzen zu beachten. Staaten im HKH müssen ihren Fokus erweitern, um grenzüberschreitende Aquifersysteme zu erhalten.

LINKS

Waterkeeper Alliance

<http://waterkeeper.org/>

World Resources Institute

<https://www.wri.org/>

International Centre for Integrated Mountain Development (ICIMOD)

<http://www.icimod.org/>



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



◀ www.twitter.com/forumdc

The screenshot shows the Twitter profile of D+C Development and Cooperation (@forumdc). The header features a large profile picture of a market scene and the D+C logo. Below the header, statistics are listed: 10,6 Tsd. Tweets, 2.101 Follower, 4.783 Gefolgt von, 182 Likes, and 7 Listen. The bio states: "D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation." The location is Frankfurt, Germany, and the website is dandcu.de. The page shows a list of tweets, including one about economics and another about mathematical modeling. On the right, there are sections for "Neu bei Twitter?" (Neu bei Twitter?) and "Vielleicht gefällt dir auch..." (Vielleicht gefällt dir auch...). The bottom right corner of the screenshot shows the Facebook and Twitter social media icons.

Startseite Über uns Twitter durchsuchen Hast du einen Account? Anmelden

D+C
Development + Cooperation

Tweets 10,6 Tsd. Follower 2.101 Gefolgt von 4.783 Likes 182 Listen 7 Folgen

Editorial office D+C
@forumdc
D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.
Frankfurt, Germany
dandcu.de
Seitgegründet Januar 2010
2.630 Fotos und Videos

Tweets Tweets & Antworten Medien

D+C Editorial office D+C @forumdc · 3 Std.
D+C begl: #economics is driven by the wrong incentives. Some insights from @EADI #EADI identity #senseofbelonging

Mathematical modelling does not reveal everything...
Mathematical modelling does not reveal everything
dandcu.de

D+C Editorial office D+C @forumdc · 6 Std.
The least developed countries demand a robust 'rulebook' to implement the #ParisAgreement. #LDCs #climatechange
owJy/v31n30e11ap

Neu bei Twitter?
Melde dich jetzt an, um deine eigene, personalisierte Timeline zu erhalten!
Registrieren

Vielleicht gefällt dir auch...
Aktualisieren

Africa Renewal, UN @africanrenewal

ODE @ODEafr

REFUNITE @refunite

